

# UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg. Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

1 + 2/83  
12. Januar

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

## Auch Handelslehramt von Streichung unmittelbar bedroht

**Universität geht mit Aktionen auf die Straße**  
Mit Aktionen im Zentrum und in den verschiedenen Stadtteilen Oldenburgs will die Universität in der nächsten Woche auf ihre existenziellen Probleme aufmerksam machen. Eine Arbeitsgruppe beschloß unter der Leitung von Präsident Dr. Horst Zilleßen entsprechende Maßnahmen. Nach den neuesten Informationen wird die Lage für die Universität immer bedrohlicher: Planungen in den Ministerien sehen nicht nur die Liquidierung von Studiengängen im Gymnasialbereich vor, sondern darüber hinaus auch die „Verlagerung“ des Studienganges Handelslehramt von Oldenburg nach Osnabrück.

Nach den jüngsten Informationen des regierungsnahen „rundblick“ sollen in Niedersachsen nur jährlich 600 Studienplätze im Gymnasialbereich zur Verfügung gestellt werden. Davon, so die Vorstellung der Planer, werden 350 in Göttingen, 50 in Hannover und je 100 in Oldenburg und Osnabrück verbleiben. Für die Universität Oldenburg würde dies bedeuten, daß sie ihr Fächer-spektrum nicht mehr halten kann. Streichungen ganzer Studiengänge wären unvermeidlich. Um welche Fächer es sich dabei handeln soll, ist bisher nicht durchgedrungen. Mit Sicherheit aber nicht Geschichte. Für dieses Fach wird, wie der Minister ankündigte, ein Historisches Seminar eingerichtet. Als ein weiteres Zeichen für die Absurdität eines rigorosen Streichungskonzeptes hat Präsident Dr. Horst Zilleßen gegenüber der Presse die zusätzlich vorgesehene Verlagerung des Handelslehramtes von Oldenburg nach Osnabrück bezeichnet. Die Aufhebung des Studienganges sei weder bildungs- noch strukturpolitisch begründbar. Gerade die Absolventen dieses Studienganges hätten derzeit noch hervorragende Chancen, eine Stelle in der Berufsschule zu bekommen. Darüber eröffneten sich für Handelslehrer auch sehr gute Berufsmöglichkeiten über die Schule hinaus. In Osnabrück existiert dieser Studiengang bisher nicht.

Mit den angekündigten Aktionen will die Universität die Bevölkerung darüber aufklären, daß sie selbst von den Streichungen des Ministeriums unmittelbar betroffen ist. Die Reduzierung der Studienplätze - ohne entsprechenden Ausgleich durch neue Studiengänge - bedeutet, daß noch mehr Jugendliche im Nordwestraum Niedersachsens angesichts des stärker einsetzenden Verdrängungswettbewerbs im Ausbildungsbereich ohne Lehrstelle sein werden (siehe auch Seite 7).

## Börner neuer Staatssekretär

Der neue Staatssekretär im Niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Dr. Weert Börner, hielt sich zu einem Informationsbesuch in der Universität Oldenburg auf. Der 52jährige Jurist und promovierte Historiker leitete bisher als Ministerialdirigent die Landesvertretung Niedersachsens in Bonn. Börner hatte seine Beamtenkarriere im auswärtigen Dienst begonnen, war später in die Kieler Staatskanzlei übergewechselt und danach Leiter der schleswig-holsteinischen Vertretung in Bonn. Dort wurde er 1978 von Bundesratsminister Haselmann abgeworben. Börner ist Nachfolger von Rolf Möller.

## Symposium zum 100. Geburtstag von Jaspers

Mit einem Vortrag „Die Gefährdung der Freiheit durch die empirischen Wissenschaften“ wird Professor Dr. Rudolf Lengert (Universität Oldenburg) am 20. Januar 1983 um 20.00 Uhr ein Symposium anlässlich des 100. Geburtstages des Philosophen Karl Jaspers eröffnen. Das Symposium zu Ehren des gebürtigen Oldenburgers wird von der Stadt Oldenburg und der Universität veranstaltet. Beendet wird es am 27. Februar mit einem Festakt in der Cäcilienkirche, auf dem die Präsidierung der Jaspersstiftung, Prof. Dr. Jeanne Hersch (Genf), sprechen wird. Zu dieser Veranstaltung, in deren Rahmen auch eine Jasper-Büste der Bremer Bildhauerin Christa Baumgärtel der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, wird auch Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht erwartet. (Eine Würdigung des Philosophen und das Programm des Jaspers-Symposiums auf Seite 4).



## Organisationsstruktur

# Minister kündigt baldige Einrichtung von Instituten an

Noch in diesem Jahr werden an der Universität Oldenburg, wie erwartet, Institute eingerichtet. In einer Serie von Erlassen hat der Wissenschaftsminister seine Vorstellungen dargelegt und angekündigt, daß er da, wo sie nicht mit den Wünschen der Universität korrespondierten, sie auch per Oktroi durchsetzen werde. Die Fachbereichsräte werden sich in ihrer nächsten Sitzung mit der neuen Lage befassen. Nachfolgend eine kurze Übersicht über die Situation in den Fachbereichen:

### Fachbereich 1

Hier sollen die zwei vom Fachbereichsrat beantragten Institute  
- Institut für Erziehungswissenschaft 1 - Pädagogik -  
- Institut für Erziehungswissenschaft 2 - Sonderpädagogik, Prävention und Rehabilitation -  
per Ersatzvornahme eingerichtet

werden, da der Senat bisher seine Zustimmung verweigert hat.

### Fachbereich 2

In diesem Fachbereich will der Minister keine Entscheidung treffen, bevor über die Reduzierung der Ausbildungskapazität in den Lehramtsstudiengängen endgültig Klarheit besteht. Der Fachbereichsrat 2 hat die Einrichtung von Instituten bisher einhellig abgelehnt.

### Fachbereich 3

● Zustimmung wird der Minister dem beantragten Institut für Arbeit/Wirtschaft-Technik-Haushalt - allerdings nur unter der Maßgabe, daß die Stellen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Dienstleister dem Institut und nicht dem Fachbereich zugeordnet werden. Eine solche Regelung war von der Universität angestrebt worden, um die Abhängigkeiten von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Dienstleistern zu mindern.

● Keine Zustimmung wird das von der Universität beantragte Institut für Soziologie und Politikwissenschaft finden. Der Minister begründete seine Haltung u.a. damit, daß die dem vorgesehenen Institut zugeordneten Professorenstellen fast ausschließlich dem Fächerkomplex Soziologie zuzurechnen seien. Er möchte jetzt von der Universität wissen, ob auch die Einrichtung von zwei Instituten - eines für Soziologie und eines für Politikwissenschaft - möglich ist. Bis zur Beantwortung dieser Frage wolle er die Entscheidung über einen

## Studenten wählen ihr Parlament

Die Studenten der Universität wählen vom 24. bis 28. Januar ein neues Studentenparlament. Es kandidieren der Sozialistische Hochschulbund (SHB), der Marxistische Studentenverband (MSB), der Sozialliberale Hochschulverband (SLH), der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und die Gruppe ANTI. Bei der Wahl vor einem Jahr lag die Wahlbeteiligung bei 22,7 Prozent. Die Gruppe Lilafanten, die nicht wieder kandidiert, erhielt damals 31,5 Prozent, SHB 28,9 Prozent, MSB 19,1 Prozent, SLH 7,2 Prozent und der RCDS 7,1 Prozent. Die Demokratische Liste, die ebenfalls nicht wieder kandidiert, bekam 6,8 Prozent. SHB und MSB bildeten den AStA. Die Oldenburger Studenten, Professoren, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter wählen am 26. und 27. Januar gleichzeitig ihre Vertreter für das Konzil, den Senat und die Fachbereichsräte.

Antrag einer Professorengruppe auf Einrichtung eines Instituts für Vergleichende Politikforschung im Wege der Ersatzvornahme zurückstellen.

● Per Ersatzvornahme einrichten wird dagegen der Minister das von einer weiteren Professorengruppe beantragte Institut für Verwaltungsforschung und Regionalwissenschaft.  
● Ebenfalls beabsichtigt der Minister, ein Historisches Seminar am Fachbereich 3 auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses des Senats einzurichten.

### Fachbereich 4

Die Errichtung eines Instituts für Volkswirtschaftslehre und eines Instituts für Betriebswirtschaftslehre wird der Minister wahrscheinlich per Oktroi durchsetzen. Anträge für die Institute waren von zwei Professorengruppen gestellt worden, nachdem sie keine Mehrheit im Fachbereichsrat gefunden hatten. In seinem Fortsetzung auf Seite 6

## Ex-Bundesverfassungsrichter Hirsch Referent beim Symposium zu Disziplinarverfahren

Bundesverfassungsrichter a.D. Martin Hirsch wird am 24. Januar um 14.00 Uhr in der Aula das Einleitungsreferat zum Symposium „Disziplinarverfahren und berufliche Diskriminierung aus politischen Gründen“ halten. Das Symposium war vom Präsidenten angeregt und vom Senat beschlossen worden, um Universitätsangehörigen die Möglichkeit zu geben, sich angesichts der aktuellen Fälle in der Hochschule mit diesem Problem umfassend auseinanderzusetzen. Am Abend des gleichen Tages findet eine Podiumsdiskussion zum gleichen Thema mit prominenter Beteiligung statt. Am 24. Januar fallen alle anderen Seminare, Vorlesungen usw. ab 14.00 Uhr aus.

Das Plenum des Symposiums, zu

dem auch die Oldenburger Bevölkerung eingeladen ist, wird sich nach dem Einleitungsreferat von Hirsch in drei Arbeitsgruppen aufteilen, die sich mit verschiedenen Aspekten der politischen Disziplinarverfahren befassen: Arbeitsgruppe 1 Historische Entwicklung der Disziplinarverfahren aus politischen Gründen (Referent: Professor Blanke, Oldenburg), Arbeitsgruppe 2 Rechtsauffassung und Praxis im internationalen Vergleich (Referent: Professor Bleckmann, Münster), Arbeitsgruppe 3 Der sogenannte Radikalerlaß und seine Folgen (Professor Sterzel, Oldenburg).

An der am Abend stattfindenden Podiumsdiskussion in der Gaststätte „Harmonie“ werden neben Bun-

desverfassungsrichter a.D. Martin Hirsch der GEW-Bundesvorsitzende Dieter Wunder, Karl Euler vom DGB Bundesvorstand und das Vorstandsmitglied der Holländischen Lehrgewerkschaft, Jan Erdtsiek, teilnehmen. Die Leitung der Diskussion hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Journalistenunion, Eckart Spoo. Ebenso bemerkenswert wie die Teilnehmer sind die Veranstalter der Diskussion. Erstmals fanden sich in dieser Frage die GEW, der Landesbezirk Niedersachsen des DGB, die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) Oldenburg, die ÖTV Oldenburg und die Oldenburger Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) zusammen. Beteiligt an der Veranstaltung ist auch die Universität.

## Neu: Kalender für Veranstaltungen

Die Pressestelle hat erstmals im Januar einen Veranstaltungskalender herausgegeben, in dem Symposien, wissenschaftliche Vorträge und kulturelle Veranstaltungen verzeichnet sind, die im Januar an der Universität Oldenburg laufen und zumindest der Hochschulöffentlichkeit zugänglich sind. Der Veranstaltungskalender soll monatlich im Semester erscheinen. Redaktionsschluß für die Ausgabe Februar: Montag, 24. Januar. Meldungen dafür sind an die Pressestelle zu richten mit folgenden Angaben: Datum, Uhrzeit, Ort, Thema, Referent, Veranstalter.

## Symposium zur Studienreform

Am 11. Februar veranstaltet die Universität ein Symposium zur Studienreform. Anlaß ist die bevorstehende Anpassung der jetzt gültigen Studien- und Prüfungsordnungen der Universität an die Empfehlungen der Niedersächsischen Studienreformkommission, deren Arbeit kurz vor dem Ende steht.

Hauptschwerpunkt der Diskussion auf dem Symposium soll die Frage sein, wie die Empfehlungen zu werten sind und wie die Anpassung in Oldenburg geschehen soll. Darüber hinaus soll diskutiert werden, wie

sich die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und die gewandelten Erwartungen der Berufswelt auf bestehende Studiengänge auswirken und welche Konsequenzen daraus u.a. für Oldenburg zu ziehen sind. Als Referenten für diese Veranstaltungen wurden neben Mitgliedern der Universität auch Planer in den Ministerien, den Schulbehörden und bei den Gewerkschaften sowie Arbeitgeberverbänden gewonnen. Anmeldungen für das Symposium an der Universität Oldenburg, Dezernat 5.2, Wolfgang Wulf.

### Magisterstudiengang

## Individuell konzipiertes Berufsziel?

Die Universität hat dem Wissenschaftsminister ihren Antrag auf Einrichtung von Magisterstudiengängen vorgelegt. Einen entsprechenden Beschluß hatte der Senat im Dezember gefaßt. Danach sollen alle Fachbereiche an der Magisterausbildung beteiligt werden.

Offen geblieben ist, welche Fächer mit welchen Fachkomponenten sich an diesem Studiengang beteiligen. Die Fachbereiche werden dazu dem Senat bis Mitte Februar ihre Beschlüsse vorlegen. Die Beteiligung vieler Fächer ermöglicht erst die Vielzahl von Fachkombinationen, die diesen Studiengang die besondere Attraktion in Konkurrenz zu Lehramts- und Diplom-Abschlüssen geben.

Das Konzept des Senats sieht die Kombination von einem Hauptfach mit einem zweiten Fach oder zwei Nebenfächern vor. Dabei sollen mindestens als Nebenfächer auch solche Disziplinen gewählt werden können, die im anderswo üblichen Magisterstudium der philosophischen Fakultäten unüblich sind - wie etwa Naturwissenschaften, Psychologie oder Sport.

Die Wahl einer für den Studenten attraktiven Fachkombination ist Voraussetzung für ein neigungsorientiertes und auf das individuelle Berufsziel orientiertes Studium. Das Lehrstudium hat mit seinen engen Kombinationsvorschriften der Prüfungsordnungen an Attraktivität verloren für Studenten, die nicht unbedingt in die Schule wollen.

Die Einführung eines Studienganges Magister ist zugleich ein Stück Normalität mehr an der Universität, denn dieser Abschluß kann außer in Bremen, Kassel, Passau und Oldenburg an allen Universitäten des Bundesgebietes studiert werden. Daß nicht schon früher dieser Abschluß angestrebt wurde, hat mehrere Gründe: Der „Magister Artium“, in den 50er Jahren an den philosophischen Fakultäten als Abschluß innerhalb der Promotion eingeführt, hatte immer um seine Reputation auf dem beruflichen Sektor zu kämpfen. Im Zuge der Hochschulreform, die vor allem durch die Neugründungen betrieben werden sollte, wurde der Charakter der Hochschule als Ausbildungsstätte für berufliche Tätigkeitsfelder Merkmal des Studiums. In Oldenburg wurden ausschließlich Diplom-Studiengänge eingerichtet, die in Ziel und Aufbau auf bestimmte Tätigkeitsfelder orientieren, und der Modellversuch Einphasige Lehrerausbildung (ELAB) aufgebaut. Gerade die ELAB hat nicht nur von ihrer Zweckbeschreibung als praxisorientiert, sondern auch von ihren organisatorischen und personellen

Voraussetzungen her keinen Raum für alternative Überlegungen, wie etwa Magister, gelassen. Mit dem Abbruch des Modellversuchs hat sich diese Situation grundsätzlich verändert.

Das Magisterstudium steht in engem Zusammenhang mit der Ausbildung zum Gymnasiallehrer. Das fachliche Lehrangebot ist in den Universitäten weitgehend identisch und ermöglicht damit ein Wechseln des Abschlusses, eine hohe Durchlässigkeit auch in den höheren Semestern. Damit wird Studenten der Lehrerausbildung die Alternative eines akademischen Abschlusses geboten, wenn die Staatsprüfung nicht mehr erstrebenswert erscheint.

Ob dem alternativen Abschluß auch ein alternatives Berufsfeld - gegenüber der Schule - eröffnet wird, steht noch dahin. Vorliegende Gutachten der Beschäftigungssituation von Magisterabsolventen (z.B. Richter-Gutachten in NRW, Teichler, Kassel u.a.) beschreiben ein umfangreiches aber wenig profiliertes Tätigkeitsfeld. Vor allem die große Zahl von Magisterstudenten und die bestehende Konkurrenz zu Diplom- und Lehramts-Absolventen auf dem enger gewordenen Arbeitsmarkt schaffen Probleme. Der Magisterstudent wird darauf angewiesen sein, seine besondere Qualifikation durch die individuelle Gestaltung des Studiums und eine stärkere Orientierung von Studium und Berufspraxis auf das spätere Tätigkeitsfeld zu erwerben.

Die quantitativen Probleme mit dem Magisterstudium haben sich erst ergeben, nachdem die Einstellungs-chancen für Lehrer schlechter wurden. Die studentische Nachfrage in Niedersachsen orientiert sich daher auch auf die großen Lehramtsfächer wie Deutsch, Englisch, Geschichte. Auch in Oldenburg läßt sich der Zusammenhang zu den Einstellungs-problemen der Lehrer und den Absichten der Regierung, die Ausbildungskapazität für Lehrer zu reduzieren, nicht bestreiten. Die Einführung des Magisterabschlusses in den Lehramtsfächern wird zum Erhalt der fachlichen Substanz dieser Fächer und damit auch der Universität beitragen. Yorck Hener

## „Die Zerstörung des Amazonas“

Die Gruppe „Resistencia Ecologica“ aus Brasilien hält am Montag, 17. Januar, 18.00 Uhr, im Verfügungsgebäude, Raum 015, einen Vortrag mit Lichtbildern zum Thema „Bio-Treibstoff statt Brot - die falsche Treibstoffalternative? Die Zerstörung des Amazonas“.

## Leserlernmethoden mit Kempowski

Am 25. und 26. Januar veranstaltet der Schriftsteller und Lehrbeauftragte an der Universität Oldenburg, Walter Kempowski, ein für alle Hochschulangehörige offenes Seminar „Leserlernmethoden: historische Lehrgänge und das eigene Konzept“ in seinem Haus in Nartum. Für die Fahrt nach Nartum und zurück steht kostenlos ein Bus zur Verfügung, der an beiden Tagen um 8.30 Uhr auf dem Parkplatz zwischen VG und AVZ startet und jeweils um 18.00 Uhr von Nartum zurück nach Oldenburg fährt.

## Es bleibt bei den alten Zeiten für die Lehrveranstaltungen

Bei einer Gegenstimme hat der Senat seinen Beschluß über den Beginn der Lehrveranstaltungen aufgehoben, die danach bereits um 8.00 Uhr hätten beginnen sollen. Der ASTA und unter anderem zahlreiche Fachschaften hatten gefordert, den Rhythmus der Lehrveranstaltungen in seiner bisherigen Form zu erhalten, um unzumutbare Härten für auswärtige Studenten oder Studentinnen mit Kindern auszuschießen. Die Veranstaltungen dauern jetzt weiterhin von 9.00 bis 11.00 und von 11.00 bis 13.00. Die Nachmittagsveranstaltungen beginnen auch in Zukunft um 14.00 Uhr.

## Regionalgeschichtliche Forschung

In einer Dokumentation „Norddeutsche Regionalgeschichte an der Universität Oldenburg“ haben die Oldenburger Historiker jetzt einen Überblick über ihre bisher geleisteten regionalgeschichtlichen Arbeiten und Tätigkeiten vorgelegt. Sie verweisen dort nicht nur auf die Öffentlichkeit zugänglichen Publikationen, die zwischen 1972 und 1982 vorgelegt wurden und die stattdichte Zahl von 38 Einzeltiteln erreichen. Sie geben darüber hinaus eine Übersicht über die zwischen 1975 und 1982 beantragten und bewilligten Forschungsmittel von Forschungsförderungsinstitutionen (Land Nie-

## Ossietzky-Preis ausgeschrieben

Der mit 10.000,- DM dotierte Carl-von-Ossietzky-Preis für Zeitgeschichte und Politik ist von der Stadt Oldenburg erneut für publizistische oder wissenschaftliche Arbeiten ausgeschrieben worden, die sich mit Leben und Werk des Friedensnobelpreisträgers oder mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus auseinandersetzen. Der Preis ist von der Stadt gestiftet worden, um daran zu erinnern, daß Ossietzky als überzeugter Pazifist und Anhänger der Demokratie gegen Militarismus und Nationalsozialismus kämpfte. Die Ausschreibung wird um Arbeiten, die sich mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus beschäftigen, erweitert. Sie richtet sich an deutsche und ausländische Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten. Die eingereichten Arbeiten in deutscher Sprache dürfen bisher nicht oder nicht vor 1980 veröffentlicht worden sein. Die Arbeiten sind in fünf Exemplaren an das Kulturdezernat der Stadt Oldenburg bis zum 31. Dezember 1983 einzureichen. Die Entscheidung über die Preisvergabe trifft eine unabhängige Jury, der Pastor Heinrich Albertz, Berlin, Professor Dr. Martin Broszat, München, Professor Dr. Walter Jens, Tübingen, Dr. Rudolf Walter Leonhardt, Hamburg, und Professor Dr. Richard Löwenthal, Berlin, angehören.

## Bildungsforschung und Gesellschaftspolitik

In der Schriftenreihe der Universität Oldenburg erschien als 6. Titel „Bildungsforschung und Gesellschaftspolitik. Wolfgang Schulenberg zum 60. Geburtstag. Hrsg. v. Jost v. Maydell, (Heinz Holzberg Verlag) Oldenburg 1982.

Ist Bildungsforschung das neue Modewort für Erziehungs- und Sozialwissenschaften, die sich ihres Gegenstandes nicht mehr sicher sind und sich ihrer pädagogischen und gesellschaftspolitischen Kompetenz durch pragmatische Handlungsorientierung beraubt sehen?

Die aus aktuellem Anlaß (zum 60. Geburtstag von Wolfgang Schulenberg) entstandenen Beiträge spiegeln im Gegenteil die Entwicklung und die Situation einer Wissenschaft, die sich den Herausforderungen des Alltags stellt und eine deutliche gesellschaftspolitische Zielsetzung erkennen läßt, ohne im praktischen Anwendungsbezug stecken zu bleiben.

Der Band ist gewiß nicht repräsentativ für das gesamte Spektrum dessen, was etwa der Deutsche Bildungsrat 1974 unter dem Begriff der Bildungsforschung faßte. Die von Jost v. Maydell zusammengestellten Beiträge vermitteln aber einen Eindruck von der thematischen und methodischen Spannweite eines Forschungsgebietes, dessen konstitutiven Elemente mit dem Titel des Bandes angesprochen sind: Im Beziehungsnetz von Bildung - Forschung - Gesellschaft - Politik vollzieht sich wis-

senschaftliches Handeln, das auf Interdisziplinarität angewiesen ist, wenn die komplexen Bedingungsstrukturen sozialer Handlungs- und Interaktionsprozesse im Hinblick auf Praxis durchschaubar gemacht werden sollen. Es ist nicht selbstverständlich für eine Schrift, die aus einem Festtagssymposium erwachsen ist, daß sie in der thematischen Heterogenität ihrer Beiträge gemeinsame Bezugspunkte deutlich werden läßt. Neben dem sachlichen Zusammenhang in einer gesellschaftspolitisch orientierten Bildungsforschung finden die behandelten Probleme von Bildung, Erziehung und Gesellschaftspolitik ihren Zusammenhang in einer systematischen Gruppierung der Beiträge, die auch die Forschungsinteressen des Jubilars spiegeln:

- Gesellschaftspolitische Funktionen von Konzepten der Bildungsforschung
- Bildung und Erziehung in der gesellschaftlichen Entwicklung
- Perspektiven für die Erwachsenenbildung.

Im ersten, konzeptionellen Teil werden theoretische Ansätze vorgestellt, die aus primär sozialwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten heraus die Entwicklung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in seiner methodisch-methodologischen wie praxisbezogenen Problematik aufgreifen.

Die aus sozialgeschichtlicher, vergleichender, historischer und bildungssoziologischer Sicht verfaßten Aufsätze des zweiten Teils weisen hin auf ein Verständnis von Bildungsforschung, die Sozialisation nicht altersspezifisch begrenzt, sondern in einen gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsprozeß eingeordnet wissen will. Aus diesem Zusammenhang wird im dritten Teil die Erwachsenenbildung hervorgehoben, in deren Selbstverständnis und institutioneller Entwicklung sich im besonderen Maße gesellschaftliche Veränderungsprozesse und ökonomische Herausforderungen der Gegenwart spiegeln. Der Band ist gleichermaßen eine Reverenz an die bildungssoziologische Kompetenz Wolfgang Schulenbergs wie ein Beleg für die faktisch vorhandene Schwerpunktsetzung im Bereich der Bildungsforschung auch an dieser Universität. Adelheid Busch

dersachsen; Stiftung Volkswagenwerk; Deutsche Forschungsgemeinschaft), die inzwischen die Summe von DM 1.056.958,- ausweisen. Ohne eine solche Förderung wäre wissenschaftliche Forschung an einer schlecht ausgestatteten Institution wie der Universität Oldenburg nicht möglich. Schließlich enthält die Dokumentation einen Hinweis auf die „Außeruniversitären Serviceleistungen“ der Oldenburger Historiker - ihre Arbeit in den „Landschaften“, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen des Landes, ihre Beiträge für Schulen, Volkshochschulen und Museen.

## Kinderzeichnungen „Türken in Berlin“

Eine Ausstellung zum Thema „Türken in Berlin - aus der Sicht deutscher Schüler“ zeigte die Universität im Vortragssaal des Zentralgebäudes. Zu den Schülerzeichnungen und Meinungsbildern gab Dr. Gabriella Schubert, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, eine Einführung.

Bei der Planung der Ausstellung wurde berücksichtigt, daß amerikanische Untersuchungen auf die Herausbildung ethnischer Vorurteile bei Kindern etwa im Alter von sechs Jahren aufmerksam gemacht haben. Im Schulalter prägt sich dieser Vorgang weiter aus, wobei das Elternhaus offenbar einen größeren Einfluß als Schule und Fernsehen ausübt.

Um einen Einblick in die Einstellungen deutscher Schüler in Berlin und ihrer erwachsenen Bezugspersonen zu türkischen Mitbürgern zu erhalten, war Schülern in siebenten Schulklassen und in einer Hortgruppe die Aufgabe gestellt worden: „Zeichne, wie Du Dir eine türkische Familie in Berlin vorstellst!“ Türkische Schüler sollten entsprechend darstellen, wie sie sich deutsche Familien vorstellen. Die Zeichnungen und Texte der Schüler spiegeln ihre Sichtweise von den türkischen Mitbürgern wider, darunter auch erschreckende Vorurteile und Klischees.

## Sprachkurse und Stipendien

Stipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für Sprachkurse an ausländischen Hochschulen während der Sommersemesterferien 1983 können noch bis zum 20. Januar 1983 beim Akademischen Auslandsamt der Universität (Raum A 202/301) beantragt werden. Dort sind auch die Bewerbungsunterlagen zu erhalten.

Bis zum 1. März 1983 müssen sich Studierende der Studiengänge „Ausländerpädagogik“ und „Deutsch als Fremdsprache“, für die auch in diesem Jahr wieder ein Sonderprogramm innerhalb des Sprachkurseangebots aufgelegt wird, direkt beim DAAD, Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2, bewerben.

Weitere Stipendien stellt der DAAD für Studien- und Forschungsaufenthalte sowie zum Erlernen der Landessprache in Japan, Republik China, Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Singapur und Thailand zur Verfügung. Nähere Auskünfte ebenfalls beim Akademischen Auslandsamt. Die finnische Regierung bietet deutschen Hochschulabsolventen im Akademischen Jahr 1983/84 Stipendien für ein Studium oder eine Spezialisierung in Finnland an. Bewerbungs-schluss: 31. März 1983. Auskünfte beim Akademischen Auslandsamt (aka), Raum A 202/301.

# „Erhöhung indiskutabel“

**Beitrag für Studentenwerk bald 31 Mark?**

Als indiskutabel hat der Präsident der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen, Pläne des Niedersächsischen Wissenschaftsministers bezeichnet, die Beiträge der Studenten für das Studentenwerk um mehr als 50 Prozent von 20 auf 31 Mark pro Semester zu erhöhen. Die Belastungen, die den Studenten z.Z. zugemutet werden sollen, überschreiten die Grenze des Erträglichen. Zilleßen erinnerte in diesem Zusammenhang an die bevorstehende Umstellung des BAföG auf Darlehnsbasis, die kürzlich erfolgte Erhöhung der Mensa-Preise, den Ab-

bau von Sozialtarifen für Studenten bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und an die ständig steigenden Mieten - insbesondere bei kleineren Wohneinheiten -, von denen Studenten besonders betroffen seien. Auf der anderen Seite hätten viele Studenten angesichts der Arbeitsmarktlage keine Möglichkeit, durch Ferienjobs die reale Verringerung ihres monatlichen Budgets wieder auszugleichen. Zilleßen forderte den Minister auf, seine Pläne zur Beitragserhöhung für das Studentenwerk aufzugeben. gh

# Studenten sollen bei Lehrenden Skripten bezahlen

Bei fünf Befürwortern, zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschloß der Senat, daß die Studenten Skripten, die in den Lehrveranstaltungen ausgeben werden, an den Hochschullehrer bezahlen müssen. Die Skripten werden zunächst von den Lehrenden zu Lasten ihrer Kostenstelle im Druckzentrum in Auftrag gegeben. Sie übernehmen auch den Verkauf und zahlen den Erlös bei der Verwaltung der Hochschule ein. Bei kostenintensiveren Herstellungen oder besonderer bibliografischer Bedeutung erfolgen Herstellung und Vertrieb über das Bibliotheks- und Informationssystem der Universität.

# „Wer keine Aufforderung zur Arbeit braucht, für den kann sie ärgerliche Wirkungen tun“

In einem Erlaß hat der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst nachdrücklich unterstrichen, daß das hauptamtliche und hauptberufliche Personal - mit Ausnahme der Professoren - die regelmäßige Arbeitszeit von 40 Stunden wöchentlich zu erfüllen habe. „Die dem wissenschaftlichen Personal obliegenden Dienstaufgaben sind auch dann grundsätzlich in der Hochschule zu erbringen, wenn sie selbständig wahrgenommen werden“, heißt es in dem Erlaß wörtlich. „Die gilt sowohl in der Vorlesungszeit als auch in der vorlesungsfreien Zeit des Semesters“. Dazu schreibt der der Landesregierung nahestehende „rundblick“ (23.12.82) wörtlich:

„Liest man solche Anweisung, so bleibt ein ungutes Gefühl zurück, wenn nicht ein zwiespältiges. Hört man sich das „gesunde Volksempfinden“ an, dann sind nicht wenige, die gar nicht so kenntnislos sind, der Meinung, der Mittelbau an den Hochschulen habe bisher Privilegien in Anspruch genommen, die nicht gerechtfertigt seien. Hört man dagegen andere Urteile, auch solche von Betroffenen, die keine Anweisung brauchen, um mehr als 40 Stunden in der Woche zu arbeiten, dann läßt sich das Gefühl nicht unterdrücken, daß solch ein Erlaß seine guten, zugleich aber auch seine ungunstigen Seiten haben kann. Wer bisher nicht zureichend gearbeitet hat, ob nun in der Hochschule oder zu Hause, dem kann es sicher nicht schaden, wenn er mindestens 40 Stunden in der Woche die leibliche Anwesenheit in der Hochschule auf sich nehmen muß. Das mag dann eine Strafe für das sein, was er auch in diesen 40 Stunden nicht tut. Kennt man aber Mittelbauer, die keinen Erlaß brauchen, um in der Hoch-

schule und auch zu Hause mehr als 40 Stunden in der Woche für die Hochschule zu tun, dann zweifelt man an der Erlaßwirkung: sie kann dann zum Bumerang werden, wenn guter Wille sich so herausgefordert fühlt, daß er im bösen Willen umschlägt. Wer keine Aufforderung zur Arbeit braucht, für den kann sie ärgerliche Wirkungen tun.

Das Ministerium wird sicher meinen, es hätte gewußt, was es täte. Wer 40 Stunden arbeiten soll, der soll das offenbar so tun, daß er in dieser Zeit im Dienst auch sichtbar vorhanden ist. Ob damit allerdings in der Summe - und nur auf die kommt es an - das Engagement gefördert werden wird, das ist doch sehr die Frage. Womöglich wäre mehr geholfen und bewirkt mit einer Vorschrift, die die Lehrverpflichtungen etwas mehr ausdehnt. In diesem Bereich gibt es Freiheiten, die die Geduld der Verfassungsvorschrift über die Freiheit von Forschung und Lehre denn doch etwas überfordern, heute vielleicht mehr als jemals.

# Therapeutische Wohngemeinschaft

Seit Sommer letzten Jahres arbeitet eine durch ABM-Mittel finanzierte Vollzeitkraft für zunächst ein Jahr befristet in der Psychosozialen Beratungsstelle (psb) für einen neuen Arbeitsbereich: „Einrichtung und Betreuung therapeutischer Wohngemeinschaften und einer Kriseninterventionsunterkunft“. Dieses Vorhaben trägt dem erschreckenden Sachverhalt Rechnung, daß immer mehr Menschen mit schweren psychischen Störungen auf die Unwirtlichkeit von Lebensgeschichte, Familie, Schule, Ausbildung sowie Bedrohung durch Krieg, Umweltvernichung und Massenarbeitslosigkeit usw. reagieren. Gerade auch im Hochschulbereich der Bundesrepublik Deutschland zeigt die Erfahrung der letzten Jahre einen erheblichen Anstieg von Selbststötungsversuchen und psychotischen Zusammenbrüchen. Gehörte die Universität Oldenburg früher zu den Hochschullagen mit eher niedriger Suizidalitäts- und Psychoseerate, so muß heute das sprunghafte Ansteigen um so alarmierender sein. Bislang waren die einzigen Anlaufstellen die Psychiatrien bzw. Landeskranenhäuser; diesen sind aus verständlichen Gründen große Vorbehalte entgegenzubringen, so daß auch aus Vermeidungsangst gegenüber einer Psychiatrisierung sich Ausweglosigkeit und Kurzschlüßhandlungen aufschaukeln. Die Kliniken weisen selbst darauf, daß ihre psychotherapeutischen Einflußchancen sehr gering sind, was häufig genug zur Leugnung psychotherapeutischer erfolgreicher Heilungsmöglichkeiten führt. So beschränken sich diese Institutionen auf medikamentöse Akutbehandlung.

Obwohl Menschen mit psychotischen Krisen oder schweren psychischen Störungen über den mühsamen und langdauernden psychotherapeutischen Prozeß, gegebenenfalls mit medikamentöser Unterstützung, „Heilung“ finden können, gibt es für sie kaum diese Behandlungsangebote. Denn auch niedergelassene Ärzte, Therapeuten und Beratungsstellen sehen sich zu dieser intensiven Betreuung außerstande.

Wir halten die Schaffung von geeigneten Behandlungsmöglichkeiten für dringlich und notwendig.

In der psychotherapeutischen Betreuung durch die psb befinden sich zur Zeit 20 Klienten, die als psychisch schwer gestört gelten bzw. galten. Mit einer so großen Zahl sowie ständigen Nachfragen aus dem Nord-Westraum hatte keiner von uns gerechnet, als wir mit dieser Arbeit vor einem halben Jahr begannen. Die ohnehin schon überlastete Arbeitssituation in der psb verstärkte sich noch mehr und stellte alle Mitarbeiter vor harte Anforderungen. Trotzdem konnte für eine Gruppe der Klienten mit Unterstützung durch das Studentenwerk ab 1. Oktober eine therapeutische Wohngemeinschaft errichtet werden. Weitere Betreuungsplätze sind geplant, wenn die Stadt Oldenburg ein Haus zur Verfügung stellt, daß wir gemeinsam renovieren und einrichten können, um dort auch eine Kriseninterventionsunterkunft zu schaffen. Die sehr hoffnungsstimmende Betreuung und psychotherapeutische Behandlung, die von einem Facharzt konsiliarisch begleitet und von einer Lehrtherapeutin supervidiert wird, ist allerdings durch die desolante Personalsituation in der psb

gefährdet: Für die über 100 Klienten, die therapeutisch betreut werden, steht gerade eine langfristig gesicherte Stelle zur Verfügung. Eine weitere Stelle ist zunächst bis 14. Juli 1983 befristet, 24 Stunden pro Woche arbeiten vier Teilzeitbeschäftigte in befristeten Verträgen. Diese Situation führt besonders zu Semesterbeginn immer wieder zu Engpässen und Wartelisten, so daß dringende Hilfe nur unzureichend geleistet werden kann. Eine langfristige Planung (auch für Klienten) wird erschwert. Hier Abhilfe zu schaffen ist dringendes Gebot. Suicid, psychosomatische Reaktionen und psychotische Krisen lassen sich nicht auf später verdrängen. mk

# Unterschriften der Prüfer nicht zu identifizieren

„Aus gegebener Veranlassung bitte ich Sie, Leistungsnachweise und Prüfungsprotokolle in einer noch lesefähigen Form zu unterschreiben. Das Prüfungsamt ist in Einzelfällen nicht mehr in der Lage, echte Unterschriften von unechten zu unterscheiden. Deshalb wird das Prüfungsamt - wiederum in Einzelfällen - Leistungsnachweise, Prüfungsprotokolle, Bewertungen usw. dann zurückschicken, wenn aus der Unterschrift nicht mehr der Prüfer zu identifizieren ist. Ich bitte, diese Information den Angehörigen in den Fachbereichen zur Kenntnis zu geben“. Schreiben des Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes für Lehramt an die Fachbereiche der Universität.

# BIS: Diebstähle nahmen wieder zu

Die Bibliothek hat ihre Maßnahmen zur Sicherung des Buchbestandes verschärft, nachdem festgestellt worden ist, daß Diebstähle wieder zugenommen haben. Nach Angaben des Leiters der Benutzungsabteilung, Gätke, werden Bedienete konsequent darauf achten, daß Benutzer Taschen und Mäntel vor Betreten der Bibliotheksräume abgeben. Zudem sei die bereits länger installierte

Buchsicherungsanlage, die auf nicht ordnungsgemäß ausgeliehene Bücher reagiert, jetzt funktionsfähig. Bei wiederholten Verstößen gegen die Benutzungsordnung, so kündigte die Bibliothek an, werde ein vorübergehender oder dauernder Ausschuß von der Benutzung ausgesprochen. Diebstähle würden ausnahmslos strafrechtlich verfolgt.

# Anmeldefristen für Fachpraktika in der ZWELAB zum SS 83

Nach dem Sommersemester 1983 finden zum erstenmal im größeren Umfang Fachpraktika in der neuen zweiphasigen Lehrerausbildung statt. Alle Studierenden müssen in einem der beiden Unterrichtsfächer (Erst- oder Zweitfach nach eigener Wahl) ein Fachpraktikum von sechs Wochen Dauer nachweisen, um zur Prüfung zugelassen zu werden. Nach den Beschlüssen der Gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung (GKL) sollen diese Praktika in folgenden Zeiträumen absolviert werden:

- im Lehramt an Grund- und Hauptschulen nach dem 3., 4. oder 5. Semester
- im Lehramt an Realschulen nach dem 4., 5. oder 6. Semester
- im Lehramt an Gymnasien, Berufsbildenden Schulen und Sonderschulen nach dem 5., 6. oder 7. Semester.

Da die Universität gegenüber der Schulbehörde frühzeitig den genauen Bedarf an Praktikumsplätzen bekanntgeben muß, ist eine universitätsinterne Voranmeldung für die Fachpraktika im Sommer 1983 noch vor dem Abschluß des laufenden Wintersemesters erforderlich.

Die Anmeldung soll in der Zeit vom 17. Januar bis zum 4. Februar 1983 an folgenden Stellen erfolgen:

- für die Lehramtsstudiengänge des FB 2 bei Richard Stinshoff, VG 516, Sprechstunde Di 12.00 - 13.00
  - für die Lehramtsstudiengänge der FB 3 und 4 bei Marianne Krizio, VG 104, Sprechstunde Do 15.00 - 17.00
  - für den Studiengang Sport (FB 5) bei Hansjürgen Otto, ZpB, Sprechstunde Do 10.00 - 12.00
  - für die Lehramtsstudiengänge der FB 6 bis 9 bei Brigitte Schulte-Jany, AVZ 1-247, Sprechstunde Di 9.00 - 11.00.
- Die Anmeldungen werden zu den angegebenen Sprechzeiten entgegen-

genommen. Dort kann auch darüber informiert werden, welche Vorbereitungsveranstaltungen für Fachpraktika in den einzelnen Fächern im Sommersemester 83 angeboten werden. Studierende, die sich in diesem Zeitraum nicht anmelden, müssen damit rechnen, daß ihnen für die Praktikumsphase nach dem Sommersemester 83 kein Platz zur Verfügung gestellt werden kann.

**3. Studienabschnitt**  
Zuordnungen:  
Am 23. Dezember 1982 hat das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) den vorläufigen Zuordnungsvorschlag (VZV) für das

unterrichtspraktische Halbjahr im Rahmen der ELAB ab 1. August 1983 veröffentlicht (Aushang). Eine Informationsveranstaltung, bei der Formulare für Änderungswünsche ausgegeben werden, findet am 14. Januar 1983, 14.00 Uhr, Hörsaal F, statt.

Anmeldungen für das unterrichtspraktische Halbjahr im 3. StA. ab 1. Februar 1984 können in der Zeit vom 2. bis 31. Januar 1983 im ZpB eingereicht werden. Formulare sind beim Pförtner erhältlich. Eine erste Informationsveranstaltung findet am 21. Januar 83, 14.00 Uhr, Hörsaal F, statt.



**wöltje**  
Oldenburg

3 M-CS 100

**Objektive** 28, 35, 135  
200, 300, 500 mm

**Zu einmalig niedrigen WÖLTJE-Tiefstpreisen**

Beachten Sie bitte das Sonderfenster, Heiligengeiststr. 6/Passage!

**Farbbild-Aktion!**  
große Bilder, kleine Preise

**20x28** nur **3.95**  
bis Sa., 29. 1. 83 vom Dia = 4,95

Fuji F II/100  
Neg.-Farbfilm 36er einschließlich  
Negativ-Entwicklg. **6.98**

Diafilm 36er einschließlich  
Schnellentwicklg. **9.98**

**ZOOM-Objektive** 80-200 mm. . . ab 219,-  
Objektive 28-80 mm . . . ab 299,-

**WÖLTJE: Kauf ohne Risiko . . . Kauf zu WÖLTJE-Tiefstpreisen . . .**

## Symposium zu Karl Jaspers

20. Jan. Landtagssaal am Theodor-Tantzen-Platz, 20.00, Prof. Dr. Rudolf Lengert „Die Gefährdung der Freiheit durch die empirischen Wissenschaften“.

27. Jan. Altes Gymnasium, 20.00 Professor Dr. Günther Roth (Oldenburg) „Philosophischer Glaube und Offenbarungsglaube bei Karl Jaspers“

3. Febr. Universitätsbibliothek 20.00, Dr. Hans Saner (Basel) „Jaspers' Konzept einer Weltphilosophie zum systematischen Zusammenhang des Spätwerks“

10. Febr. Altes Gymnasium 20.00 Professor Dr. Wolfgang Rudzio (Oldenburg) „Gefährdung der Freiheit, Karl Jaspers als politischer Schriftsteller“

17. Febr. Universitätsbibliothek 20.00, Professor Dr. Peter Gottwald (Oldenburg) „Jaspers' Weg von der Psychiatrie zur Philosophie. Was bedeutet er für die Psychiatrie heute?“

17. Febr. Cäcilienkirche 11.15 Professor Dr. Jeanne Hersch (Genf) „Untrennbarkeit von Vernunft und Existenz“

# „Die Wahrheit fordert Wagnis“

## Zum 100. Geburtstag des Philosophen Karl Jaspers

Karl Jaspers - vor hundert Jahren in Oldenburg geboren - war einer der führenden und meistdiskutierten Philosophen um die Mitte dieses Jahrhunderts. In geistiger Nähe zu Martin Heidegger hat er in den dreißiger Jahren die Philosophie der „Existenz“ mitbegründet. Mit dem Begriff „Existenz“ sollte herausgehoben werden, daß jedes Individuum durch eigene Reflexionen und Entscheidungen festlegen kann, wie es im Rahmen der gesellschaftlich-geschichtlichen Situation als Mensch existieren will. Die „Philosophie der Existenz“ verstand sich als Kampf gegen den Menschen als „Masse“, der keine auf die Profilierung seines persönlichen Lebens abzielende Entscheidungen trifft. Diese Philosophie wurde weltweit diskutiert und fand bei der Studentenschaft ein großes Echo. Die Werke von Jaspers sind in fast alle Sprachen übersetzt worden, in denen es eine philosophische Literatur gibt. Jaspers war überzeugt, mit der „Philosophie der Existenz“ das zentrale Problem der „philosophia perennis“,

der immerwährenden Philosophie, wieder aufgegriffen zu haben. Das Gemeinsame dieser Philosophie ist das Wissen um „die menschenverwandelnde Reflexion“, um die Tatsache, daß sich der Mensch je nach den Reflexionen, denen er nachhängt, verändert. Hierin sah sich Jaspers bestärkt, als er sich mit der indischen und chinesischen Philosophie vertraut machte. Diese Gemeinsamkeit „der großen Philosophen“ herauszustellen, sollte sein Lebenswerk abschließen. Gelegentlich sprach er in diesem Zusammenhang von der „Weltphilosophie“, deren Aufgabe eine Art weltweiter Aufklärung sein könnte, die auch eine weltpolitische Wirkung haben sollte. Im Mittelpunkt der Philosophie von Jaspers steht der „Mensch als Existenz“, d.h. der Mensch, der im Bewußtsein der Freiheit sein Leben führt. Freiheit wird hierbei als „die grenzenlose Bereitschaft“ verstanden, „alles Wirkliche mit Möglichkeit zu durchleuchten“. Die so verstandene Freiheit wird praktisch, indem sie „keine Gegebenheit ohne Freiheit“

bedenkt. Dieses „Durchleuchten“ der Wirklichkeit mit Möglichkeit verläuft sich aber nicht in utopischer Fantasie, sondern geschieht in dem Wissen, daß „keine Freiheit ohne Gegebenheit“ und ohne „Respekt vor der Wirklichkeit“ praktiziert werden kann.

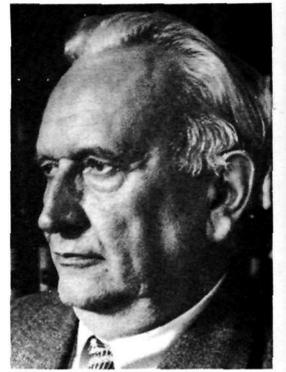
Diese „existentielle Freiheit“ hat zwei pragmatische Dimensionen. Die eine ist die freie Selbstkonzeption des Menschen: Sofern ein Individuum seine Freiheit ausübt, kann es „eine Wesensart“ treffen, d.h. wählen, was ihm wichtig, also „wesentlich“ ist. Diese Wahl seiner Interessen und damit auch der Schwerpunkte von Verantwortung ist zwangsläufig auch „eine Wahl des eigenen Wesens“, denn womit man sich befaßt und wofür man sich engagiert, charakterisiert ein Individuum. Die zweite Dimension ist die politische: wenn Freiheit „als das eigentliche Sein und Tun des Menschen gelten muß“, darf sie nicht auf das private Leben beschränkt bleiben. „Nur die politische Freiheit läßt uns zum ganzen Menschen werden“.

Die Freiheit als „die grenzenlose Bereitschaft, alles Wirkliche mit Möglichkeit zu durchleuchten“, ist keine generalisierbare empirische Tatsache, die für alle Menschen zutrifft, sondern eine „Möglichkeit“, die sich die Individuen in unterschiedlichem Umfang erschließen können. Die „existentielle Freiheit“ ist an den individuellen Willen gebunden, diese Freiheit auch zu praktizieren. Insofern hat diese Freiheit „ihren Ursprung in mir selbst, der ich will, daß sie sei“. Ihr Ausmaß ist daher bei jedem Individuum verschieden, je nach der Entscheidung, mit der es seine Freiheit auch will. Die Praktizierung dieser Freiheit ist außerdem auch von der „geschichtlichen Situation“ - also den geschichtlich-gesellschaftlichen Umständen abhängig.

Der Satz, „die politische Freiheit ist im Wesen des Menschen begründet“, war für Jaspers selbst verpflichtend. Nur wenige Philosophen haben so entschieden wie er zu konkreten politischen Tagesfragen Stellung genommen. So wurde Jaspers über die philosophisch interessierte Welt hinaus bekannt, als er in konsequenter Verfolgung seiner Philosophie der „existentiellen“ Freiheit und Verantwortung die aktuelle Politik heftig kritisierte. Dies geschah zunächst 1958 mit dem Buch „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“. Es hat den bezeichnenden Untertitel „Politisches Bewußtsein in unserer Zeit“, womit unterstrichen wird, daß nur ein völlig neues politisches Bewußtsein die atomare Bedrohung abwenden kann. Es muß also eine neue „menschenverwandelnde Reflexion“ versucht werden; denn ist das Bewußtsein erst verändert, muß auch die praktische Politik nachziehen. „Will der Mensch weiterleben, so muß er sich wandeln“.

Noch heftigere Diskussionen löste vor allem in der Bundesrepublik - das 1966 erschienene Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ aus. Wiederum ist das Problem, ob man nicht durch einen Bewußtseinswandel dem eingespielten politischen Pragmatismus enttrinnen kann. Die unverholene Einschätzung der gegenwärtigen Bedrohung des Menschen bietet auch die Chance für eine Veränderung der politischen Praxis. „Die Wahrheit fordert Wagnis“. Für dieses Wagnis sollten - wegen ihrer jüngsten Geschichte - gerade die Deutschen besonders aufgeschlossen sein. Seine Überlegungen schätzt Jaspers als Beitrag eines politischen „Schriftstellers“ ein, der anders als der in der Verantwortung stehende Staatsmann „die höchsten Maßstäbe aufstellen und Entwürfe konsequent durchdenken“ darf.

Die lebhafteste Diskussion um Jaspers ist abgeklungen. Damit ist kein Urteil



Karl Jaspers, am 23. Februar 1883 in Oldenburg geboren, schloß sein Studium in Heidelberg und Göttingen 1906 mit dem medizinischen Staatsexamen ab. 1921 erhielt er einen Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Heidelberg. 1937 verfügte die Nationalsozialisten seine Amtsenthebung. Zehn Jahre später erhielt er als erster nicht ins Exil gegangene Wissenschaftler einen Ruf an eine ausländische Universität: an die Universität Basel. Nach seiner Emeritierung 1961 wurde er inzwischen weltweit bekannte Philosoph zum Ehrenbürger von Oldenburg ernannt. Am 26. Februar 1969 verstarb er in Genf.

über seine Philosophie in dem Sinne ausgesprochen, als ob sie durch die Entwicklung der Fachdiskussion überholt worden sei. Vielmehr hat sich die Diskussion von der „Weltphilosophie“ der Freiheit als einer Kunst der Lebensführung wieder stärker auf Probleme der spezifisch abendländischen Philosophie verlagert: Probleme des richtigen Argumentierens, der logischen Operationen, der Legitimation wissenschaftlicher Aussagen und Theoriebildung, der Begründung von Normen, der Legitimierbarkeit gesellschaftlicher Praxis - Themen, die Jaspers nur am Rande berührte.

Wenn die Diskussion um Jaspers stiller geworden ist, liegt es vermutlich auch daran, daß die Freiheit als Selbstbestimmung der „Existenz“ selten noch so entschieden gewollt wird. Wir verstehen Selbstbestimmung kaum noch in dem traditionellen Sinne als Bestimmung seiner selbst, nämlich als „Wahl des eigenen Wesens“. Selbstbestimmung wird vornehmlich als politisches Grundrecht verstanden. Für den persönlichen Bereich bevorzugen wir den Begriff Selbstverwirklichung. Mit ihr verbindet man aber eine etwas andere Zielsetzung: Soziale Bestätigung, Artikulation der Bedürfnisse, Außerdarstellung eines Innern, Sensibilisierung für Unrecht. Dies sind sehr wichtige Zielsetzungen, aber sie sind im Unterschied zu Jaspers' Freiheitsbegriff stärker auf die soziale Selbstbehauptung und persönliche Interessenvertretung ausgerichtet. Die Selbstbestimmung als „Existenz“ im Sinne von Jaspers geht dagegen vom Entwerfen einer individuellen Denkorientierung und Verantwortungsstruktur aus.

Wird Freiheit als sich selbst bestimmende „Existenz“ verstanden, dann ist es z.B. ein persönliches Versagen, wenn „man tut, was alle tun glaubt, was alle glauben, denkt, wie alle denken“. Es ist ein Versagen, weil man sich nicht energisch genug um alternative Möglichkeiten Gedanken macht. Mutet man dies dem Einzelnen nicht mehr zu, dann ist auch der Begriff der „Masse“ - nämlich zu „denken wie alle denken“ - weniger anstößig als er es für Jaspers war. Womöglich zeigen die Ansätze alternativen Lebens schon wieder einen Wandel an. So gesehen ist die Philosophie von Jaspers jederzeit wieder zu aktualisieren, wenn sich das Interesse erneut auf die individuelle Profilierung durch „existentielle Entscheidungen“ richtet.

Rudolf Lengert\*

## Anwaltsplanung für Bürgerinitiativen als Modell zur Umverteilung?

Im Rahmen des 5. Oldenburger Planerkolloquiums kamen am 10. Dezember 1982 auf Einladung des Projektbereichs Stadtplanung in- und ausländische Wissenschaftler sowie Studenten und Absolventen des Studiengangs Raumplanung zusammen. Unter den rund 100 Tagungsteilnehmern befanden sich Vertreter der Technischen Universitäten Hamburg-Harburg, Eindhoven (Holland), Berlin sowie der Universität Dortmund, ferner Fachleute aus mehreren kommunalen Planungsverwaltungen.

Gegenstand der eintägigen Tagung war das seit Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik eingehend diskutierte, aber z.B. gegenüber den USA oder europäischen Nachbarländern hierzulande nur selten praktizierte Modell der Anwaltsplanung. Anwaltsplanung wurde hierbei im Sinne des ursprünglich in den USA so benannten und praktizierten Verfahrens der parteiischen und an Interessen der von Planung benachteiligten Stadtbewohner orientierten Planungsberatung durch bezahlte Fachleute verstanden. Neben den Oldenburger Hochschullehrern E. Pfotenhauer, als Leiter der Tagung, W. Siebel und K. Holland referierten der Präsident der Universität Oldenburg H. Zilleßen sowie die holländischen Wissenschaftler T. Aussems und H. van't Erve von der Technischen Hochschule Eindhoven.

Aktueller Anlaß für die Tagung war nach den Worten von E. Pfotenhauer das zehnjährige Bestehen des in der

Bundesrepublik wohl bedeutendsten Modells von Anwaltsplanung in Hannover-Linden, das von Anfang an von K. Holland als Mitglied der Universität Oldenburg betreut wurde. Mit der Reichweite und der Relevanz der Anwaltsplanung beschäftigte sich W. Siebel in seinem Beitrag. Er bezeichnete sie als zu brisant aus dem Blickwinkel der planenden Verwaltungen, als zu harmlos aus der Perspektive der Betroffenen und als zu utopisch hinsichtlich der dafür erforderlichen Konsenzfähigkeit unserer Gesellschaft.

Ein Resümee seiner Arbeit in Hannover umriß K. Holland in seinem Referat. Ihren Erfolg könne man nach seinen Worten nicht trennen von der erfolgreichen Arbeit der Stadtteilinitiativen, und ihr qualitativer Wandel hänge mit deren qualitativer Veränderungen unmittelbar zusammen. Die gegenüber der Bundesrepublik erheblichen Unterschiede hinsichtlich der politischen Randbedingungen der Anwaltsplanung wurden in den Ausführungen von T. Aussems deutlich. Insbesondere die Vielfalt zentraler und dezentraler Modelle von Anwaltsplanung, die in den Niederlanden in etwa 150 Fällen praktiziert wird, war in diesem Zusammenhang bemerkenswert.

H. Zilleßen ging in seinem Beitrag vor allem auf die strukturellen Beteiligungsdefizite unserer Gesellschaft ein und forderte in diesem Zusammenhang ein politisch intensiver verankertes und interdisziplinär arbeitendes Modell eines sogenannten

Bürgerbüros als Erweiterung der herkömmlichen Anwaltsplanung. In seinem zusammenfassenden Referat widmete sich H. van't Erve schließlich den gesellschaftlich unterschiedlichen Rahmenbedingungen der in den Niederlanden und in der Bundesrepublik praktizierten Beteiligungsmodelle und den hieraus sich ergebenden strukturellen Unterschieden praktizierter Anwaltsplanung. Im Blickpunkt der Tagung stand neben der inhaltlichen Diskussion ein inneruniversitäres Ereignis. Mit Ende des Sommersemesters 1982 ist Klaus Holland aus der Universität ausgeschieden. Er gehörte ihr seit 1973 an, war als erster Lehrender des Studiengangs Raumplanung bereits während der Tätigkeit des Gründungsausschusses berufen und zeichnete als Planer des Studiengangskonzeptes verantwortlich für die Installation des Projektstudiums und die inhaltliche Schwerpunktsetzung im Studiengang Raumplanung. Neben seinem fachlichen Engagement war er über lange Zeit hinweg hochschulpolitisch in den universitären Gremien aktiv. Seine Tätigkeit in der hannoveraner Stadterneuerung und sein fachliches Selbstverständnis haben gleichsam eine Personalunion fortschrittlicher Planungspraxis und sozial verpflichteter Wissenschaft am Studiengang Raumplanung konstituieren helfen. ep

## Colloquium über „Paare Passanten“

Das Literarische Colloquium lädt zu einem Vortrag von Professor Dr. Manfred Dierys über „Paare Passanten“ von Botho Strauß ein. Die Veranstaltung beginnt am Mittwoch, 19. Januar, 20.15 Uhr, im Vortragssaal des Zentralgebäudes am Uhlhornsweg.

## Japanisches Konzert im Landtagsgebäude

Am Sonntag, 6. Februar, 19 Uhr, führt die Seiha-Musik-Akademie unter der Leitung von Professor Shinichi Yuize ein japanisches Koto-Konzert im Plenarsaal des Landtagsgebäudes in Oldenburg auf. Professor Dr. Horst E. Wittig, Universität Oldenburg, spricht zur Einführung. Wittig ist Repräsentant der Intercultural Society for the Art, Tokyo, für die Bundesrepublik Deutschland.

## BAUEN - KAUFEN MODERNISIEREN

Ein erfüllbarer Wunsch für alle, die jetzt handeln!

In unserem Hause erhalten Sie - unbürokratisch und überschaubar - die Gesamtfinanzierung aus einer Hand.

Erfahrene Mitarbeiter beraten Sie ausführlich und sagen Ihnen klipp und klar, welche Monatsbelastung unterm Strich für Sie herauskommt.

Für Angestellte des öffentlichen Dienstes steht in unserem Hause eine Spezialabteilung zur Verfügung.

Rufen Sie Herrn Weber an uns lassen Sie sich beraten.

Telefon 04 41 - 22 22 123



**Volksbank Oldenburg eG**

# Oldenburger Manifest zur alternativen Sportkultur

Anlässlich des 5. Symposiums des Allgemeinen Hochschulsportverbandes mit dem Thema „Spiel - Bewegung - Umwelt: Perspektiven alternativer Sportkultur“ am 19. und 20. November in der Universität Oldenburg wurde das „Oldenburger Manifest zur alternativen Sportkultur“ verabschiedet. An dem Symposium nahmen über 500 Sportler aus der Bundesrepublik, Dänemark, Holland, Österreich und Frankreich teil. Nachfolgend das „Manifest“ im Wortlaut:

## Die Inhalte:

Auf dem Symposium sollte ermittelt werden, ob zur Zeit eine alternative Sportkultur im Entstehen ist, was das Besondere und Neue daran ist und welche Perspektiven sich auftun. Allgemein bestand bei den Symposiumsteilnehmern eine Unsicherheit darüber, den Begriff „alternative Sportkultur“ genauer zu definieren. Es wurde diskutiert, welches die Alternativen sind und wie das Verhältnis des Sports zur alternativen Kultur ist.

- Zu beobachten ist, daß immer mehr Menschen sich auf Wiesen und Freizeitanlagen treffen, um sich zu bewegen und um gemeinsam zu spielen.  
- Bewegungsangebote wie darstellende Spiele oder die Verbindung von Bewegung und Musik finden heute immer stärkeren Zuspruch.  
- Traditionelle und im Erfahrungsschatz teilweise schon verlorene Spiele werden ebenso wiederentdeckt wie neue Spiele, bei denen das Erlebnis, die Spannung und die Kooperation im Mittelpunkt stehen.

Immer mehr Menschen setzen sich mit ihrer eigenen Körperlichkeit zunehmend bewußter auseinander, wie z.B. bei der Atemgymnastik, Eurythmie, dem autogenen Training, Joga, Tai Chi, Aikido.

- In vielen Fällen sind Sportler Mitglieder von Bürgerinitiativen oder ähnlichen politischen Interessengemeinschaften und bringen dort die spezifischen Elemente des Spiels und der Bewegung ein, wie z.B. in Fahrradinitiativen, als Segler und Kanuten gegen die Verschmutzung der Gewässer oder in der Friedensbewegung.

Auf dem Symposium wurde deutlich, daß es vielfältige und sehr unterschiedliche Erscheinungsformen gibt, die eine Alternative zum vorherrschenden Sport sind oder in de-

nen versucht wird, eine Alternative zu entwickeln.

Ebenso wie bei den Inhalten gibt es auch bei den Organisationsformen des alternativen Sports erhebliche Unterschiede. Einerseits existieren Initiativen, die sich bewußt außerhalb der etablierten Organisationen stellen, weil sie dort keine Chance sehen, Formen des alternativen Sports einbringen und entwickeln zu können.

Andere Personen und Initiativen versuchen in Organisationen wie Sportvereinen, Schulen und Hochschulen Inhalte des alternativen Sports einzubringen, obwohl das häufig sehr mühsam ist und zu erheblichen Konflikten führt.

Auch dieser Punkt der Organisation des alternativen Sports wurde auf dem Symposium kontrovers diskutiert, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu gelangen. Das wesentliche Ergebnis des Symposiums war es daher, daß die verschiedenen Personen und Initiativen aus den unterschiedlichen Bereichen des alternativen Sports ins Gespräch kamen, Erfahrungen austauschten und miteinander diskutierten und diesen Prozeß des Aufeinanderzugehens und des Zuhörens fortführen wollen.

## Die Perspektiven:

Das Symposium in Oldenburg hat gezeigt, daß es viele verschiedene Inhalte des alternativen Sports in jeweils unterschiedlich entwickelten Formen gibt. Diese vielfältigen Ansätze sollten gleichberechtigt nebeneinander stehen und die Möglichkeit der Entwicklung haben. Erst dann wird sich die Tragfähigkeit der einzelnen Ansätze zeigen. Als gemeinsame Perspektiven wurden formuliert:

1. Alternativer Sport muß einen Beitrag dazu leisten, daß immer mehr Menschen die Bereiche des Spiels und der Bewegung erobern können.
2. Mit den Prozessen des Eroberns sollten Prozesse des Veränderens der eigenen Lebensweise und der Lebensbedingungen einhergehen.
3. Wesentliche Elemente des alternativen Sports sollten die Selbstbestimmung und die Selbstorganisation sein.
4. Die dadurch bewirkten Veränderungen der eigenen Lebensweise und der Lebensbedingungen erfordern, daß durch den alternativen Sport jene Hindernisse erfahrbar und

erkennbar werden, die den Veränderungen entgegenstehen.

5. Gruppen, die alternativen Sport betreiben, sollten aus ihrem isolierten Anlaß heraus untereinander zur Kooperation gelangen.

6. Alle Gruppen, die alternativen Sport betreiben, sollten sich Möglichkeiten des überregionalen Erfahrungsaustausches schaffen.

## Die Forderungen:

Die Teilnehmer des Oldenburger Symposiums fordern die Öffentlichkeit auf:

- Den Sport als soziale Leistung wie im bisherigen Umfang zu fördern. Vor allem dürfen die Zuschüsse an die Sportvereine und die kommunalen Spiel- und Bewegungsangebote nicht gekürzt werden.
- Initiativen des alternativen Sports sollten nicht durch bürokratisches Verhalten behindert werden, sondern als Form der Selbsthilfe anerkannt werden und, wo das von den Initiativen gewünscht wird, räumlich und materiell unterstützt werden.
- Der weiteren Kommerzialisierung des Sports ist massiv entgegenzuwirken, damit eines Tages nicht nur noch diejenigen Sport treiben können, die finanziell dazu in der Lage sind.

Die Vereine, Schulen und Hochschulen werden aufgefordert:

- In ihren Bereichen Formen des alternativen Sports zu ermöglichen und aktiv zu fördern, weil es sich hierbei um bedürfnis- und interessenorientierte Spiel- und Bewegungsangebote handelt, durch die viele Menschen angesprochen werden, die bisher dem Sport ablehnend gegenüberstehen.

- Das Entstehen von Formen des alternativen Sports zum Anlaß zu nehmen, ihre Angebote und Strukturen zu überdenken und zu verändern.

## „Unser Fach“ im Kunstverein

Der Studiengang „Kunst/Visuelle Kommunikation“ der Universität Oldenburg stellt seit dem 9. Januar die bereits in der Universität gezeigte Ausstellung mit dem Titel „Unser Fach“ im Oldenburger Kunstverein vor. Den Besuchern soll auf diese Weise ein anschaulicher Einblick in die Ausbildungspraxis an der Hochschule gegeben werden. Ende der Ausstellung: 6. Februar.



Über 1.500 Besucher erlebten die öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen des 5. Symposiums des Hochschulsportverbandes.

## Kompositionen mit präpariertem Klavier

Cage-Konzert beim Tag der offenen Tür

Am 2. Februar führen Schüler, Studenten und Lehrende unter der Leitung der Pianistin und Musikpädagogin, Gertrud Meyer-Denkman, selten gespielte Kompositionen von John Cage auf, der als Vater der Neuen Musik gilt. U.a. stehen Kompositionen mit fünf Klavieren, mit Lefelektro, mit acht Radios, mit einem Schlagzeugensemble und präpariertem Klavier sowie subtiler Kammermusik auf dem Programm. Der Amerikaner Cage, ein Avantgardist in der Avantgarde der Komponisten dieses Jahrhunderts, faßt seine Kompositionen nicht als etwas fest Vorgezeichnetes an, sondern läßt den Interpreten das Recht des „Mitkomponierens“. Das Konzert findet im Rahmen des Tages der offenen Tür des Faches Musik am 2. und 3. Februar statt. Nachfolgend das Gesamtprogramm:

Programm am Mittwoch, 2. Februar:  
Kammermusiksaal: 9.30 - 10.30 Uhr, Die Oldenburger Hitparade: Schlager selbstgemacht, erklärt und aufgeführt.  
10.00 - 11.00, Aula: Aupen-Orgel-Aula (ein freies Orgelkonzert).  
11.00 - 13.00, Kammermusiksaal: Rockstudio: Rockelektronik zum Anfassen und Selbstspielen.  
14.00 - 17.00, Kammermusiksaal: Nonstop-Concert in vielen Stilen, Formen und Besetzungen (mit Unterhaltungswertgarantie).  
17.00 - 17.45, Aula: Bigband-Konzert (Leitung: Uli Beckerhoff).

18.00 bis etwa 18.30, Aula: „Tom der Barbar“, Videomusikspielfilm  
20.00 - infinitum, Kammermusiksaal: John-Cage-Konzert (Leitung: Gertrud Meyer-Denkman)

Programm am Donnerstag  
9.00 - 9.45, Kammermusiksaal: Percussion spontan: Cees Teeling spielt mit dem versammelten Publikum.

9.30 - 13.00, altes Druckzentrum: Synthesizerklänge zum Anfassen, 9.45 - 11.00, Anleitung zum Selbstspielen.

10.15 - 11.00, Kammermusiksaal: Percussion spontan (Wiederholung von 9.00 Uhr).

11.30 - 12.15, Kammermusiksaal: Gassenhauer: Trio spielt Beethovens 7984910.

14.00 - max. 19.00, Kammermusiksaal: Pausenlos-Konzert in many styles, forms, and sets (with underhold-value guaranteed)

19.00 - 20.00, Kammermusiksaal: Session: Improvisation mit Herbi und Kääs.

20.30 Uhr, Aula: Konzert des Schlagzeug-Ensembles (Leitung: C. Teeling).

Kleinere Programmänderungen sind vorbehalten. Das Detailprogramm wird rechtzeitig bekanntgegeben. Das Fach Musik wird einen Büchertisch mit Informationsmaterial aufbauen.

# Radikaler Möbelverkauf ab Lager

# Hau rück!

Wie immer zu wahren Schleuderpreisen!

# Wo?

MACO-Möbel



So einfach finden Sie uns



Große Parkplätze direkt vor beiden Häusern!

Öffnungszeiten:  
Mo.-Fr. 9-18 Uhr,  
Sa. 9-13 Uhr,  
langer Sa. bis 16 Uhr.

Der weiteste Weg lohnt sich!

# MACO-Möbel

2x in Oldenburg · Emsstraße 5-7, ☎ 04 41 / 2 43 31 - 2 · Bremer Heerstraße 75, ☎ 04 41 / 2 66 78

# Wandmalereien als politischer Widerstand

Vom 25. Januar bis 17. Februar werden im Vortragssaal der Universitätsbibliothek im Rahmen einer Ausstellung „Politische Wandmalereien auf Sardinien 1968 - 1978“ mit Texten und Fotos von Thomas und Ursula Apitzsch gezeigt. Veranstalter sind der Modellversuch Ausländerpädagogik und das Fach Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation in Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek. Zur Ausstellungseröffnung am 25. Januar um 18.00 Uhr wird Ursula Apitzsch sprechen. Sardinien zählt traditionell zu jenen Regionen des 'Mezzogiorno', des 'unterentwickelten' italienischen Südens, die am stärksten von der Arbeitsmigration betroffen sind. Seit Jahrzehnten müssen jährlich tausende von Sarden ihre Insel verlassen, um auf dem italienischen Festland oder in den westeuropäischen Industrieländern Arbeit zu finden. Die Geschichte Sardinien ist eine Geschichte der fortgesetzten ökonomischen, politischen und kulturellen Unterdrückung und Kolonialisierung. Seit 1968 gibt es in Sardinien das Phänomen der 'Murales', der politischen Wandmalereien. Sie waren damals Teil des politischen Kampfes gegen die Nutzung von Weidegebieten sardischer Schäfer als Übungsgelände und Raketenbasen der NATO. In Pratoello, nahe dem einmalms benchtigten 'Banditendorf' Orgosolo, war die Bevölkerung durch eine standhaft durchgehaltene Landbesetzungsaktion erfolgreich. Handge-

malte Plakate und Wandmalereien unterstützten den Kampf und thematisierten historische Ursachen und heute noch wirkende Zusammenhänge. Neue Wandbilder kamen vor allem 1975 anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus hinzu, der zum Anlaß genommen wurde, um die jahrhundertelange Geschichte der Kolonialisierung Sardinien wieder zur Diskussion zu stellen. Um diese Geschichte wachzurufen, bedurfte es nicht erst der 'Murales', denn im Bewußtsein vieler Menschen dieser Region ist sie Gegenwart. Als der Bildhauer Pinuccio Sciola aus San Sperate, im Süden Sardinien, 1968 von einem Studienaufenthalt in Mexiko zurückkehrte, regte er die Wandmalereien als Mittel zur Thematisierung des eigenen politischen Alltags an, 'PAESE MUSEO', 'das Dorf als Museum', als lebendiger Kern der Kultur, wird heute in der Malbewegung Sardinien überall der offiziellen Kultur entgegengestellt. Die Ausstellung 'Wandmalereien in Sardinien' dokumentiert in ca. 70 großformatigen, gerahmten Farbphotos die Entwicklung der Malbewegung in vielen verschiedenen Dörfern Sardinien. Ein kleiner Teil der Fotos wurde im Sommer 1976, der größere um Ostern 1979 aufgenommen. Jedem Foto ist ein erklärender Text beigefügt. Zusätzlich enthält die Ausstellung drei Wandbehänge mit Motiven und Inschriften der Wandmalereien.

Hermann Rieken



Seit Ende der 60er Jahre wird auf Sardinien die Wandmalerei als politische Waffe eingesetzt. Murales genannt. Das Bild oben stellt die Bedrohung der Schäfer durch die Erweiterung der NATO-Übungsplätze auf Sardinien dar. Bild unten: Murales am Kulturzentrum des Dorfes San Sperate. Fotos: Thomas Apitzsch

## Institute

Fortsetzung von Seite 1  
jetzigen Erlaß forderte er den Fachbereich auf, ihm die entsprechenden Protokolle zur Verfügung zu stellen.

### Fachbereich 5

Im Fachbereich 5 liegen die meisten Institutsanträge vor: Fünf Institute im Fach Psychologie, zwei im Fach Sport und eines im Fach Philosophie. Gegen diese starke Einteilung in kleine Einheiten hatte der Minister schon vor einiger Zeit Bedenken angemeldet - ebenso einige Professoren im Fachbereich, die aber für größere Institute sind. Neue Äußerungen des Ministers liegen bisher nicht vor.

### Fachbereich 6

Erst nachdem geklärt ist, ob in diesem Fachbereich auch Informatik als Studiengang eingerichtet wird, will sich der Minister zur Frage der Instituts-einrichtung äußern.

### Fachbereich 7

Eine schriftliche Mitteilung des Ministers hat die Universität bisher nicht erreicht. Die Einrichtung von Instituten wird von dem Fachbereich nicht für notwendig erachtet. Allerdings liegen von zwei Professoren Anträge zur Einrichtung eines Instituts für Geomikrobiologie und eines Instituts für Pflanzenphysiologie vor.

### Fachbereich 8

Erst wenn alle Professorenstellen besetzt sind, will sich der Minister zu dem Beschluß des Fachbereichs äußern, keine Institute einzurichten.

### Fachbereich 9

Wie im Fachbereich 6 will der Minister erst dann seine Absichten mitteilen, wenn geklärt ist, ob der Studiengang Lebensmittelchemie nach Oldenburg kommt. Auch der Fachbereich 9 hält Institute nicht für notwendig.

## Probe-Semester für Fernstudenten

Im Fernstudienzentrum der Universität Oldenburg können sich Studieninteressenten bis zum 15. Januar 1983 für ein „Probier-Semester“ an der Fernuniversität Hagen - Gesamthochschule - einschreiben. Dieses Angebot bezieht sich auf das Sommersemester 1983. Das „Probier-Semester“ bietet die Möglichkeit, ohne Leistungsdruck das Fernstudien-system, die Studienorganisation und die Studienanforderungen kennenzulernen. In Einzelfällen können bereits studienvorbereitende Vorkurse belegt werden.

Das Fernstudienangebot aus Hagen bezieht sich auf die Fächer Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft, Mathematik, Informatik, Elektrotechnik, Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Psychologie, Sonderpädagogik, Literaturwissenschaft und Philosophie. Das Fernstudienzentrum der Universität Oldenburg erteilt telefonisch Auskünfte (0441/7984416) und berät in den allgemeinen Sprechstunden montags und dienstags von 9.00 bis 12.00 und donnerstags und freitags von 17.00 bis 19.00.

# Oschatz: „Zukunft projizieren lernen“

Eine „fachübergreifende Wirkungsforschung der Folgen technologischer Entwicklung“ in der Bundesrepublik Deutschland im Sinne eines „gesellschaftspolitischen Global 2000“ und ein deutliches Umdenken im „Wertverständnis von Erwerbsarbeit“ im Zuge des technischen Wandels hat der Niedersächsische Kultusminister Georg-Berndt Oschatz in Oldenburg gefordert. In seiner Rede zum Thema „Gesellschaft im Umbruch - neue Technologien“ meinte Oschatz vor der Wirtschaftlichen Vereinigung Oldenburg weiter, Schule und Ausbildung verfehlen immer mehr ihren Zweck, wenn sie sich nicht in ihrer Wissens- und Wertvermittlung auf die „ungeheuren Veränderungsschübe“ einstellen und nicht lernen, die „Zukunft zu projizieren“. Wenn man davon ausgehe, daß die hohen Innovationsraten der Mikroelektronik in weiten Bereichen dazu führten, daß Berufsbilder sich in immer kürzerer Folge ändern und die Ausbildung für ein ganzes Berufsleben der Vergangenheit angehören werde, dann müsse die Schule mehr denn je Aufgaben eines überfalligen

„Managements des Wandels“ übernehmen. Es reiche nicht mehr, so der Kultusminister unter Bezug auf den Amerikaner A. Toffler, daß Schüler die Vergangenheit verstünden. Es sei nicht einmal genug, wenn sie die Gegenwart begreifen würden, denn die Umwelt von heute werde schnell zur Vergangenheit gehören. Schüler müßten für ihr künftiges Leben lernen, die allgemeine Richtung und das Tempo der Veränderungen voraussuchen. Sie müßten mit Hilfe der Schule lernen, langfristige Zukunftspeditionen zu erstellen. Dies alles gelte natürlich in verstärktem Maße für die Lehrer. Für Oschatz ist es daher unumgänglich, daß die Richtlinien im allgemein- und berufsbildenden Bereich der schnellen technologischen Entwicklung Rechnung tragen müßten. Im Sekundarbereich I müßten dringende umfassende Grundinformationen über die Schlüsseltechnologien vermittelt werden. Jenseits einer Stärkung des Informatikunterrichts, verbesserter Kenntnisse in Rechnen und Rechtschreibung sowie der deutschen und englischen Sprache seien fachübergreifende Qualifikationen,

wie planerisches und abstraktes Denken, analytische Fähigkeiten, Kreativität und Teamgeist, in den Vordergrund zu rücken. Die gesamtgesellschaftlichen Änderungen, die unsere politische und gesellschaftliche Ordnung und den Menschen in all seinen Lebensbereichen trafen, sind für Oschatz „ebenso sicher erkennbar wie im Detail unklar“. Um den Menschen nicht am Ende in einem „technologischen Overkill“ stillgelegt zu sehen, sei daher eine interdisziplinäre Wirkungsforschung dringend gefordert. In diesem Sinne pladiere er, Oschatz, für ein „gesellschaftspolitisches Global 2000“, dessen Hauptziel es sein müsse, unter technischen, ökonomischen, sozialwissenschaftlichen, theologischen und bildungsplanerischen Aspekten Kriterien und Handlungshilfen für die soziale und intellektuelle Beherrschbarkeit der neuen Technologie zu entwickeln. Es müsse verhindert werden, daß der einzelne sich den technologischen Entwicklungen ohnmächtig, unkritisch und undurchdacht ausgeliefert fühle. Gerade in diesem Punkte sieht der Kultusminister ein wichtiges Aufgaben-

feld für die Forschungsgesellschaften und wissenschaftlichen Stiftungen. Im weiteren seiner Rede verwies Oschatz auf die schweren Folgen des technischen Wandels auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Unbestreitbar stelle sich immer deutlicher heraus, daß der „Preisvorteil der Technik gegenüber der Arbeit“ eine Verminderung von Arbeitsplätzen nach sich ziehe. Diese Folge lasse Fragen entstehen, deren Beantwortung immer dringender werde: „Müssen wir“, so der Kultusminister wörtlich, „Abschied nehmen von der herrschenden Arbeitsethik? Wird Arbeit weiter allein Maßstab für Wohlstand und gesellschaftliche Stellung sein? Wird unbezahlte Tätigkeit, Selbsthilfe und Freizeit mit selbstgestellten Aufgaben nicht eine völlig neue Bedeutung in einer künftigen Gesellschaftswirklichkeit haben?“ Die „Technologierevolution“ sei die Chance, den Menschen stärker von geistig und körperlich belastender Routinearbeit zu befreien und wieder mehr schöpferische Tätigkeiten zu ermöglichen. Die Voraussetzung sei allerdings ein Umdenken im Wertverständnis von Erwerbsarbeit.

# Europäische Fernstudienzentren treffen sich in Oldenburg

## Internationales Symposium zur „Beratung und Betreuung im Fernstudium“ erwartet auch Gäste von der Kopernikus-Universität Toruń

Das Fernstudienzentrum der Universität lädt vom Freitag, 21. Januar bis Sonntag, 23. Januar, zu einem internationalen Symposium zur „Beratung und Betreuung im Fernstudium“ ein. Teilnehmer aus Fernstudieneinrichtungen Großbritanniens, Dänemarks, der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland setzen einen Erfahrungsaustausch fort, der im Februar 1982 an der Universität Oldenburg begonnen und zwischenzeitlich an der Open University Großbritanniens in Nottingham fortgesetzt wurde.

Mit besonderer Freude registrierte die Universität, daß zwei Vertreter

der Kopernikus-Universität Toruń aus der Volksrepublik Polen ihre Teilnahme zugesagt. Sie werden erstmals osteuropäische Erfahrungen in die Diskussion einbringen.

Das Symposium wird am Freitagabend von zwei Vertretern der dänischen Universität Aarhus eröffnet, die über ihr Projekt der „Offenen Universität Jütland“ berichten werden. Aus Oldenburger Sicht ist dabei von besonderem Interesse, wie die Universität Aarhus durch die Entwicklung von Fernstudienangeboten einschließlich eines dezentralisierten Betreuungssystems ihrer regionalpolitischen Bedeutung für Jütland mit

diesem zusätzlichen Bildungsangebot gerecht zu werden versucht.

Am Sonntagabend werden Forschungsberichte diskutiert, die sich mit dem Einfluß der räumlichen Distanz zwischen Fernstudium und Fernstudien-einrichtung befassen. Die Untersuchungen kommen vom Regional Office der Open University Großbritanniens in Nottingham, von der Universität Oldenburg und der Universität Groningen. Sie gehen davon aus, daß sich die Lernsituation von Fernstudien durch die Einrichtung von qualitativ hochwertig ausgestatteten und wohnortnahen Studienzentren erheblich verbessert. Interessant ist

der Vergleich zwischen den Verhältnissen in der Open University, wo ein Regional Office mit 28 Studien-zentren eingerichtet worden ist und den Verhältnissen in Niedersachsen, wo beispielsweise das Fernstudienzentrum der Universität Oldenburg für einen vergleichbar großen Raum, den Weser-Ems-Bezirk, allein verantwortlich ist. Durch den Vergleich der Untersuchungsergebnisse soll festgestellt werden, in welchen Fällen und in welchem Umfang Beratungs- und Betreuungsleistungen im Fernstudium dezentralisiert werden müssen. Als Konsequenz aus dem Untersuchungsergebnis der Universität Ol-

denburg ergibt sich die Notwendigkeit der Einrichtung eines „Substudien-zentrums“ in Ostfriesland, weil der relativ große Anteil der ostfriesischen Fernstudenten von bestimmten Beratungs- und Betreuungsleistungen aufgrund der räumlichen Distanz ausgeschlossen wird. Ulrich Bernath, Leiter des Oldenburger Fernstudien-zentrums, erwartet, daß der Vergleich von Dezentralisierungskonzepten für die Beratung und Betreuung im Fernstudium neue Aufschlüsse über eine vertretbare Weiterentwicklung der niedersächsischen Zentren und somit auch des Oldenburger Fernstudien-zentrums geben wird.

## SPD: Jura zu den Akten gelegt

Nach Auffassung des Oldenburger SPD-Landtagsabgeordneten Horst Milde hat die CDU die Einrichtung eines Jura-Studiengangs in Oldenburg offensichtlich endgültig zu den Akten gelegt. Ein Antrag der SPD im Landtagsausschuß für Wissenschaft und Kunst, einen Teil der an anderen Hochschulen gestrichenen Stellen für die Errichtung eines juristischen Studiengangs in Oldenburg zu nutzen, sei von der CDU-Mehrheitsfraktion ohne Begründung abgelehnt worden.

## Einstellung für van Ohlen-Linke

Das Landesarbeitsgericht Bremen verurteilte den Magistrat der Stadt Bremerhaven, die Gymnasiallehrerin Ebba van Ohlen-Linke als Angestellte in den Schuldienst einzustellen. Die Bewerberin, die zuvor auch in Niedersachsen wegen ihrer Aktivitäten in der DKP und als Studentenvertreterin abgelehnt worden war, ist Absolventin der Universität Oldenburg. Hier war sie u.a. AstA-Vorsitzende.

## „Neonazismus entschiedener entgegnet“

Nach einer Auseinandersetzung zwischen einem rechtsextremen Studenten und AstA-Vertretern, in deren Verlauf u.a. ein ausländischer Student unflätig beschimpft wurde, hat der Senat auf seiner Sitzung Anfang Dezember Stellung bezogen. Der Beschluß im Wortlaut:

„Aufgrund entsprechender Berichte gibt der Senat seiner Empörung über den jüngsten Vorfall neonazistischer Gewalt an dieser Universität am 29. November 1982 Ausdruck und verurteilt diesen als weiteres Beispiel gesteigerner organisierter neonazistischer (Gewalt-) Aktivitäten. Der Senat ist der Auffassung, daß dem Neonazismus entschiedener als bisher entgegenzutreten ist.“

Gleichzeitig beschloß der Senat, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die über neonazistische Aktivitäten an der Universität informieren soll.

## „Lehrerarbeitslosigkeit wird durch Jugendarbeitslosigkeit bekämpft“

### Beschluß des Konzils zur Reduzierung der Kapazität im Lehramtsbereich

Die Landesregierung will die bisherige Lehrerausbildung in Niedersachsen zerschlagen. Es ist geplant, in Oldenburg ganze Studiengänge oder sogar die gesamte Gymnasiallehrerausbildung zu streichen.

Das Konzil der Universität Oldenburg lehnt die Pläne des Ministers für Wissenschaft und Kunst, Studiengänge an der Universität Oldenburg aufzuheben oder das Fächerspektrum einzuschränken, entschieden ab. Das Konzil hält alle Maßnahmen für unannehmbar, welche die Zahl der Studienplätze an der Universität verringern.

Die Reduzierung der Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten wird zu einem Verdrängungswettbewerb unter Jugendlichen führen, der schlechter Ausgebildeten in die Dauerarbeitslosigkeit treibt und insgesamt die Jugendarbeitslosigkeit drastisch erhöhen wird. Das Konzept der Landesregierung hat zur Folge, daß die Lehrerarbeitslosigkeit durch Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsverweigerung bekämpft wird. Dieses Konzept wird nicht die Ausbildungsmöglichkeiten und die Chance auf einen Arbeitsplatz verbessern, sondern es dient zur Streichung von Mitteln im Bildungsbe-

## 7.500 Studenten: Diplomanteil zum ersten Mal über 50 Prozent

Auf 7.476 ist die Zahl der Studenten an der Universität Oldenburg im Wintersemester 1982/83 gestiegen. Erstmals haben sich dabei die über 1.000 Studienanfänger mehrheitlich für die Diplomstudiengänge entschieden und nicht für die Lehramtsstudiengänge. Damit ist auch der Anteil der Diplomstudenten an der Gesamtstudentenschaft erstmals über die 50-Prozent-Grenze gerutscht, was sich als Trend in den letzten Jahren schon andeutete.

Eine größere Rolle spielen im Lehramtsbereich jene Studenten, die bereits ein Studium abgeschlossen haben und sich angesichts der Schwierigkeiten, eine angemessene Stelle zu finden, einem Zusatzstudium zuwenden. Ihr Anteil an den 445 neu immatrikulierten Lehramtsstudenten beträgt 25 Prozent.

Völlig abgerutscht sind im übrigen die Immatrikulationszahlen im Grund- und Hauptschul- sowie im Realschulbereich. Für Grund- und Hauptschulen schrieben sich lediglich nur noch 61 Studenten ein (WS 81/82 100), für Realschulen noch ganze 31 (WS 81/82 40). Dagegen wurden im Gymnasialbereich mit NC-Fächern 126 Immatrikulationen und bei den berufsbildenden Schulen 50 Immatrikulationen verzeichnet. Im Sonderschulbereich - in dem ein harter NC gilt - kamen auf die 60

Studienplätze über 360 Bewerbungen.

Das am stärksten noch gefragte Lehramtsfach ist in diesem Semester mit 94 Einschreibungen Anglistik, das am stärkste belegte Fach überhaupt ist nach wie vor Pädagogik mit über 1.000 Studenten. Den relativ stärksten Andrang verzeichnet jedoch der Diplomstudiengang Wirtschaftswissenschaften mit einer Zuwachsrate bei den Studienanfängern von über 100 Prozent - auf 155 Neummatrikulationen.

Wie schon im Vorjahr sind die meisten Studienanfänger im WS 82/83 Frauen (57 Prozent). Mit ihrem Frauenanteil von 49 Prozent bei der gesamten Studentenschaft liegt die Universität Oldenburg ebenfalls weit über dem Landesdurchschnitt in Niedersachsen (37 Prozent).

## 72 Prozent beteiligten sich an Tbc-Reihenuntersuchung

Knapp 72 Prozent der Universitätsangehörigen haben sich an der vom Gesundheitsamt angeordneten Tbc-Reihenuntersuchung an der Universität beteiligt. Nach Angaben des Gesundheitsamtes Oldenburg sei insbesondere der Anteil der Studenten besonders hoch, der sich bisher noch nicht einer Untersuchung unterzogen habe. Gleichwohl sei der bisherige Ablauf sehr zufriedenstellend. Dies sei auf die gute Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsamt und der Universität Oldenburg zurückzuführen.

Wissenschaftler und Dienstleister, die sich bisher nicht an der Tbc-

Untersuchung beteiligt haben, erhielten inzwischen eine nachdrückliche Aufforderung, sich nun endlich röntgen zu lassen. Andernfalls müßten sie mit Entlassung bzw. Suspendierung vom Amt rechnen.

Ebenfalls werden in Kürze die sich bisher verweigerten Studenten eine nochmalige Untersuchungsaufforderung erhalten. Sollten sie dieser nicht nachkommen, werden sie sich nicht rückmelden können.

Das Gesundheitsamt erklärte dazu, Nachzügler hätten noch bis zum 10. Februar d.J. Gelegenheit, sich röntgen zu lassen: Täglich von 8.00 bis 12.00 und 14.00 bis 15.30.

## Ablehnung der Kürzungspläne

Mit Entschiedenheit wandte sich im vergangenen Jahr der Senat der Universität in seiner letzten Sitzung gegen den Beschluß der Bundesregierung zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG). In dem einstimmig angenommenen Beschluß vertritt der Senat die Auffassung, daß mit der vorgesehenen Lösung viele Kinder aus einkommensschwachen Familien und Frauen ihren Studienwunsch nicht mehr erfüllen könnten. Stattdessen müßten sie sich um die ohnehin zu knappen sonstigen beruflichen Ausbildungsplätze bewerben. Dadurch, so betont der Senat, würde die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz dramatisch ansteigen. Nach einer Pressemitteilung vertritt der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst die Auffassung, daß die Ausbildungsförderung „trotz der notwendig gewordenen Beschränkungen“ in ihrem Kern unantastet bleibe. Cassens: „Wer BAFöG wirklich braucht, wird es auch in Zukunft bekommen.“ Die Landesregierung vertritt jedoch die Ansicht, daß die Neuregelung im Bereich des Schüler-BAFöG noch einmal überdacht werden solle.

## Kultusminister Oschatz für Gleichstellung von ELAB-Absolventen

Der Niedersächsische Kultusminister Oschatz (CDU) hat die Benachteiligung arbeitsloser Lehrer der einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) bei der Zahlung von Arbeitslosenhilfe kritisiert. Oschatz hält es für höchst bedauerlich, daß arbeitslose ELAB-Absolventen bei der Arbeitslosenhilfe nach dem Arbeitsförderungsgesetz nicht berücksichtigt werden.

In einer Antwort auf eine kleine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Horst Milde und Rolf Wernstedt wies der Kultusminister darauf hin, daß die Landesregierung diese negative Auffassung der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung nicht teile. Der Ausschuß von ELAB-Absolventen erscheine nicht gerechtfertigt, zumal Absolventen der Ausbildungs- und Studienseminare Arbeitslosenhilfe erhielten. Trotz „persönlichen Engagements“ beim Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit sei es nicht gelungen, dies zu ändern. Es müßten entsprechende Entscheidungen der Gerichte abgewartet werden. Ein Verfahren sei in Aurich anhängig.

## Für die Verfaßte Studentenschaft

Der Senat der Universität hat den Arbeitskreis Wissenschaft und Kunst der CDU-Landtagsfraktion aufgefordert, unverzüglich von den Plänen zur Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft Abstand zu nehmen. Gleichzeitig wurde die Landesregierung gebeten, diese Pläne nicht zu unterstützen. In seiner ohne Gegenstimmen angenommenen Erklärung forderte der Senat außerdem die Bundesregierung auf, die Initiative zur Einführung der Verfaßten Studentenschaft auf Bundesebene zu ergreifen. Dabei müssen das uneingeschränkte Recht auf politische Meinungsfreiheit der Studentenschaft sowie Satzungs- und Finanzautonomie der Allgemeinen Studentenausschüsse (ASTA), der Fachschaftsräte und der Studentenparlamente abgesichert sein. Ausdrücklich befürwortet wird vom Senat die Anerkennung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) als legitime Interessenvertretung der Studenten auf Bundesebene. Die Landesregierung in Hannover hat inzwischen - im Gegensatz zum Sprecher des CDU-Arbeitskreises, Hedrich - von Plänen zur Abschaffung der ASTen vorerst Abstand genommen.

## Kultusminister Oschatz für Gleichstellung von ELAB-Absolventen

Der Oldenburger CDU-Abgeordnete Josef Dierkes forderte in diesem Zusammenhang alle betroffenen ELAB-Absolventen auf, Widerspruch beim Arbeitsamt gegen entsprechende Bescheide einzulegen. Bis zur endgültigen Klärung der Frage sind die arbeitslosen ELAB-Absolventen auf Sozialhilfe angewiesen.

## Fluchtwege freihalten

Aus Unkenntnis kommt es häufig vor, daß Fluchtwege durch Stellwände und Tische verstellt, Fluchttreppenhäuser durch Fahrräder gesperrt, Fluchtsymbole und Fluchttüren ins Freie durch Plakate verhängt sowie Feuerlöscheinrichtungen verdeckt werden. Darauf hat jetzt das Dezernat 4 hingewiesen, in ihrem eigenen Interesse sollten die Mitglieder der Universität darauf achten, daß die Sicherheitseinrichtungen funktionsfähig bleiben, damit im Unglücksfälle die Gebäude rasch geräumt werden könnten.



**JEDER KANN ES SCHAFFEN.  
MIT DER ZEIT  
UND MIT DEM BHW.**

Das eigene Heim - wer davon träumt, der sollte jetzt etwas dafür tun: Bausparen.

Bausparen ist fast die einzige Möglichkeit, an günstiges Baugeld zu kommen.

Bausparen ist die am höchsten vom Staat geförderte Sparform.

Bausparen beim BHW ist jetzt noch attraktiver: zum Beispiel durch 4% Guthabenzinsen im BHW-Vermögensbildungs-Tarif.

Sprechen Sie deshalb gleich mit Ihrem BHW-Berater, oder rufen Sie ihn an. Das BHW steht in jedem örtlichen Telefonbuch.

**BHW**

Bausparkasse für den öffentlichen Dienst.

Beratungssstelle:  
2900 Oldenburg, Bahnhofplatz 4  
Fernruf (0441) 25888/9

**Personalien • Personalien • Personalien • Personalien • Personalien**

**Professor Dr. Bernhard Badura**, Hochschullehrer im Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“, referierte auf einem Expertenseminar der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Thema „Lebensweisen und Lebensbedingungen sowie ihre gesundheitliche Auswirkung“.

**Professor Dr. Gerold Behrens**, Hochschullehrer für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre im Fachbereich 4 „Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“, erhielt einen Ruf auf die Professur (C 4) für Betriebswirtschaftslehre (Marketing) im Schwerpunkt „Markt und Konsum“ an die Universität - Gesamthochschule - Wuppertal.

**Dr. Hans-Jörg Ferenz**, Zoophysiologie, FB 7, wurde von der „Ciba Foundation“ für die Promotion of International Cooperation in Medical and Chemical Research“ zu einem Symposium „Photoperiodic regulation of insect and molluscan hormones“ als Referent nach London eingeladen.

**Privatdozent Dr. Hans-Joachim Fischer**, Akademischer Oberrat im Fachbereich 1 „Pädagogik“, wurde vom Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst zum „Außerplanmäßigen Professor“ ernannt.

**Dr. Klaus-Peter Franz**, verwaltet die Stelle eines Professors für den Aufgabenbereich „Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Finanzierung und Investition“, FB 4.

**Dr. Jürgen Hansohm** verwaltet die Stelle eines Professors für den Aufgabenbereich „Mathematik mit dem Schwerpunkt Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaften“, FB 6.

**Professor Dr. Peter Janiesch**, Hochschullehrer im Fachbereich 7 „Biologie“, lehrt seit Ende vergangenen Jahres im Aufgabenbereich „Botanik mit dem Schwerpunkt physiologi-

sche Ökologie“. Janiesch war vorher wissenschaftlicher Assistent am Institut für angewandte Botanik an der Universität Münster.

**Professor Dr. Karl-Heinz Naßmacher**, Hochschullehrer für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Kommunalpolitik im Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“ der Universität Oldenburg, erhielt einen Ruf auf eine C 4-Professur an der Fernuniversität Hagen.

**Professor Gert Selle**, Hochschullehrer im Fachbereich 2, und Dr. Jutta Boehe-Selle, Fernsehspiel-Redakteurin bei Radio Bremen, wurden vom Internationalen Design Zentrum (IDZ) Berlin eingeladen, gemeinsam eine Ausstellung zur Ästhetik der industriellen Produktkultur der Gegenwart zu inszenieren. Die Ausstellung trägt den Titel „Das geniale Design der 80er Jahre - Objekte der Sehnsucht und des Gebrauchs“. Sie wird im April 1983 in Berlin eröffnet und mit einem Symposium eingeleitet.

**Professor Dr. Nils B. Thelin**, Slawistik-Hochschullehrer im Fachbereich 2 „Kommunikation/Ästhetik“, hielt bei dem internationalen 1. Salzburger Slawistengespräch einen Vortrag über das Thema „Universelle Merkmale der Kategorien Aspekt und Tempus und die sog. defekten Verben im Bulgarischen“.

**Dr. Johann Wolfgang Wägele**, Akademischer Rat im Fachbereich 7 „Biologie“, Arbeitsgruppe „Zoomorphologie“, untersucht Tiere des Meeresbodens (Benthofauna) in der Antarktis.

**Privatdozent Dr. Klaus Peter Walcher**, Diplom-Psychologe im Fachbereich 5, vertritt seit dem 1. November 1982 den Lehrstuhl im Fach Psychologie an der Universität Bayreuth.

**Professor Dr. Horst E. Wittig**, Hochschullehrer im Fachbereich 1 „Pädagogik“ mit dem Schwerpunkt „Allgemeine und vergleichende Erziehungswissenschaften - Pädagogik der Auslandsschulen“ wurde 60 Jahre alt. Wittig lehrte in Bremen und Heidelberg, an der Dokkyo-Universität in Tokyo und an der Philosophischen Fakultät der Staatlichen Universität Matsumoto in Japan. In Oldenburg wurde auf seine Initiative hin die Forschungsstelle für das Auslandsschulwesen gegründet. Neben seiner weitgefächerten wissenschaftlichen Tätigkeit erwarb sich Wittig im deutsch-japanischen Kulturaustausch Verdienste, für die er mit der „Goldenen Ehrenmedaille der Stadt Tokyo-Meguro“ ausgezeichnet wurde.

**Promotionen**

**Heribert Baumann** wurde im Fachbereich 1 „Pädagogik“ promoviert. Die Dissertation hatte das Thema „Liberale Erziehung von 1919 - 1933“.

**Wolf-Dieter Hamann** wurde im Fachbereich 2 „Kommunikation/Ästhetik“ promoviert. Die Dissertation hatte das Thema „Ästhetische Literatur als Gegenstand der Erwachsenenbildung. Eine gesellschaftlich-historische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbildung“.

**Heinz-Dieter Loeber** wurde im Fachbereich 1 „Pädagogik“ promoviert. Das Thema der Dissertation lautete „Beruf, Arbeitssituation und Weiterbildung - Eine empirische Untersuchung“.

**Einstellung als wissenschaftl. Angestellter**

**Klaus Brokopf** im Forschungsvorhaben „Laseroptische Untersuchung von Strömungsfeldern“, Professor Dr. Hirsch, FB 8

**Dieter Fröhlich**, Aufgabenbereich „Mathematik mit dem Schwerpunkt Didaktik der Mathematik“, FB 6  
**M.A. Bernhard Gläß**, Aufgabenbereich Germanistik, Linguistik, FB 2  
**Jörg Hartmann**, Forschungsvorhaben „An-Reaktion“, Dr. Metzger, FB 9

**Hans-Joachim Kahle**, Forschungsvorhaben „Mikrokalorimetrisches Verfahren zur ökotoxikologischen Beurteilung von Umweltschadstoffen“, Professor Dr. Schuller, FB 9  
**Wiprecht Keller**, Aufgabenbereich Molekülspektroskopie/Optik, FB 9  
**Axel Kleinschmidt**, Fernstudienzentrum

**Dr. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt** Forschungsvorhaben „Familienstrukturwandel“, Professor Dr. Hinrichs, FB 3

**Dieter Mach**, Aufgabenbereich „Molekülspektroskopie/Optik“, FB 8  
**Lydia Potts**, FB 3

**Ernst Sanders**, Forschungsvorhaben „Auslegung und Reaktion und Verfahrenstechnische Optimierung“, Professor Dr. Deckwer, FB 9

**Hartwig Schwarting**, Forschungsvorhaben „Soziales Handeln zwischen Tradition und Moderne“, Professor Dr. Vonderach, FB 3

**Gerd Weghorn**, Aufgabenbereich „Mitarbeit beim Abbau des Numerus clausus in der Lehrfreiheit Arbeit-/Wirtschaft“, FB 3

**Klaus Wonneberger**, Forschungsvorhaben „Untersuchungen mit dem Ziel des Vorschlags biologischer Maßnahmen bei Ölverschmutzung der Wattoberfläche und des Deichvorlandes“, Professor Dr. Höpner, FB 7

**Einstellung im Dienstleistungsbereich**

**Peter Hold**, Sportwart im Dez. 4  
**Wolfgang Jung**, Verwaltungsangestellter im Fernstudienzentrum  
**Gisbert Kleinhalz**, Angestellter im BIS

**Karin Mettjes**, Angestellte im Schreibdienst, FB 2  
**Hartmut Rubart**, Angestellter im BIS  
**Manuela Sassen**, Angestellte im Schreibdienst, FB 2

**Ernennung zum Hochschulassistenten**

**Dipl.-Ing. Dr. Marie Elisabeth Spitthöver**, Aufgabenbereich „Raumplanung mit dem Schwerpunkt Freiraumplanung“, FB 3

**Dr. Andrzej Maria Zdobych**, Aufgabenbereich „Psychologische Methodenlehre“, FB 5

**Aus der Universität ausgeschieden sind:**

**Dr. Josef Bauer**, wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“

**Dipl.-Ing. Klaus-Jürgen Holland**, wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“

**Thomas Markowic**, Bibliotheksangestellter im BIS

**Dr. Klaus Urban**, wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich 1 „Pädagogik“

**Brigitte Zahn**, Fotografenmeisterin in der ZETWA

**Fundsache**

„Gute Informationen sind bares Geld wert, denn sie sichern Bestand und Fortentwicklung Ihres Unternehmens. Unser erfahrenes Team ist bemüht, Ihre wichtigen, brandaktuellen Fragen zu beantworten. Beratung auch in Ihrem Hause gratis und unverbindlich. Konspirative Arbeitsweise, strengste Diskretion und ggf. Branchen- und Mandantenschutz werden gewährleistet.“ Fernschreiben der Ermittlungsorganisation Heynert (Hannover) unter der Überschrift: „Konkurrenzanalysen, versteckte Vertriebswege, Personalprobleme, Wettbewerbsstreitigkeiten“ an die Universität Oldenburg.

**Spedition Möbeltransport International DEUS**  
TEL. (04 41) 2006-0

**Anna Thye**  
Buchhandlung  
Inh. Gottfried Sieler  
Gegr. 1. 9. 1800  
29 OLDENBURG  
Schloßplatz 21 / 22  
Postfach 4780  
Ruf (04 41) 2 52 88

**Schreibmaschinen**  
neu und gebraucht, sowie diverse Büro-  
maschinen mit Service und Garantie.  
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM  
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM  
Kugelschreibmaschinen ab 490 DM  
Elektronische  
Typenrad-Schreibmaschinen ab 898 DM  
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.  
Verkauf und Service in Oldenburg.  
**EB ERLBECK**  
BÜROTECHNIK  
Donnerschwer Straße 91  
29 Oldenburg, Tel. 0441 85125

**BÜCHER FÜR STUDIUM UND BERUF**  
aus der **collectiv-Buchhandlung**  
Donnerschwerstraße 12  
Telefon (04 41) 8 74 49  
2900 Oldenburg

Für Optik - Foto -  
Film - Kino + Projektion  
sind wir Ihr richtiger Partner.  
**Dipl.-Optiker WALTER**  
Inh. W. D. Heß  
staatl. gepr. Augenoptiker  
Fachmännische Beratung  
Kurwickstr. 34/Ecke Mottenstr. - Hauptstr. 35  
Telefon (04 41) 1 30 70

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium  
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl  
**B&G**  
BUCHHANDLUNG  
BÜLTMANN & GERRIETS  
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01  
Postfach 1 41

**Kopien wie gedruckt**  
Schnelldruck · Einbinden  
Erstklassige Kopien auf Normalpapier! Auf Wunsch fix und fertig sortiert und geheftet.  
**KOPIERDIENST**  
Ammerländer Heerstraße 88  
2900 Oldenburg  
Tel. (04 41) 7 63 74

**Naturläufer**  
Der besondere Schuh aus Bad Honnef „Der Schuh“ seit es Schuhe gibt  
Alleinverkauf in Oldenburg  
**EGGERS**  
jetzt in der City  
Baumgartenstr. 8  
Tel. 1 30 07

Neue und Zweit-Hand-Schreibmaschinen  
**Peter Eilers**  
Oldenburg Ofener Straße Nr. 21  
Ihr Partner für Kopieraufträge  
Canon-Fotokopier DIN A4 Stück -10  
Stempel-Gehilfen-Papier-Getränke und Tabak  
NWZ-Anzeigenannahme

Ihr Partner bei all' Ihren Aufgaben für die Druckindustrie  
**Littmannndruck** Offsetdruck · Buchdruck  
Rosenstraße 42/43  
2900 Oldenburg  
Telefon (04 41) 2 70 51/52